



Russland: Wehrdienstverweigerung im Krieg gegen die Ukraine

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 29. September 2022



Weyermannstrasse 10
Postfach, CH-3001 Bern

T +41 31 370 75 75
F +41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto
PC 30-1085-7

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Französisch, Deutsch

COPYRIGHT
© 2022 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Rekrutierungen für den Krieg in der Ukraine	4
3	Rekrutierung/Mobilmachung von medizinischem Personal	7
4	Gesetzliche Sanktionen bei Kampfverweigerung oder der Weigerung, in die Ukraine geschickt zu werden	9
4.1	Verschärfung der gesetzlichen Sanktionen bei «Straftaten gegen den Militärdienst»	9
4.2	Rechtliche Sanktionsmöglichkeiten gegen Ärzt*innen	10
4.3	Rechtliche Sanktionsmöglichkeiten gegen Soldaten	12
5	Inoffizielle Sanktionen bei Kampfverweigerung oder der Weigerung, in die Ukraine geschickt zu werden	13
5.1	Inoffizielle Sanktionen gegen Ärzt*innen	13
5.2	Inoffizielle Sanktionen gegen verpflichtete Soldaten	14
6	Quellen	15

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Unterliegen die der Nationalen Agentur für Biomedizin untergeordneten Forschungs- und medizinischen Einrichtungen bei einer militärischen Spezialoperation einer Sonderregelung? Müssen diese Einrichtungen spezielle Teams auch medizinischem Personal zusammenstellen, die auf Sonderanordnung in Kriegszenen arbeiten müssen?
2. Ist das medizinische Personal dieser Einrichtungen dazu verpflichtet, einen Vertrag oder ein anderes Dokument zu unterschreiben, mit dem sie dazu verpflichtet werden, in Kriegsgebieten eingesetzt zu werden? Ist es möglich, dass die Mitarbeitenden stark unter Druck gesetzt werden, damit sie unterschreiben?
3. Was droht klinischen Ärzt*innen oder medizinischen Mitarbeitenden, die in einem zentralen wissenschaftlichen Forschungszentrum arbeiten und aus Russland geflohen sind, um nicht in ein militärisches Krankenhaus oder medizinisches Zentrum geschickt zu werden, das im Krieg gegen die Ukraine verwundete russische Soldaten behandelt, bei einer Rückkehr nach Russland?
4. Gilt die gleiche Antwort für eine Person, die nicht persönlich aufgeboten wurde, sondern vor der internen Generalmobilmachung im staatlichen Forschungszentrum geflohen ist?
5. Müssen in der russischen Armee verpflichtete Soldaten am Krieg gegen die Ukraine teilnehmen? Welchen Risiken sind sie bei einer Weigerung ausgesetzt?
6. Welche gesetzlichen Sanktionen gelten für Gehorsamsverweigerung oder Desertion? Gibt es für diese Personen auch aussergerichtliche Sanktionen?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Irak seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expertinnen und Experten und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Rekrutierungen für den Krieg in der Ukraine

Präsident Putin verkündete am 21. September 2022 eine Teilmobilmachung. Damit werden nur Reservisten mit militärischer Erfahrung und einer bestimmten Spezialisierung einberufen. Das würde ungefähr 300'000 Personen betreffen. Es wurde auch von einer Million gesprochen. Al-Jazeera berichtet, dass Präsident Putin am 21. September 2022 erklärt hatte, dass er ein Dekret für die Teilmobilmachung in Russland unterzeichnet habe. Diese würde nur Reservisten betreffen, die bereits militärisch erfahren seien und eine bestimmte militärische Spezialisierung hätten (Al-Jazeera, 21. September 2022). Laut Washington Post könnten darunter auch medizinisches Personal und verschiedene technische Spezialist*innen fallen (Washington Post, 21. September 2022). AP News gibt an, russische

¹ <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte>.

Beamte hätten erklärt, es könnten bis zu 300'000 Männer einberufen werden (*AP News*, 21. September 2022). Die unabhängige Informationswebseite *Novaya Gazeta*, die von *The Guardian* zitiert wurde, schätzt, dass mehr als eine Million Reservisten einberufen werden könnten (*The Guardian*, 22. September 2022). Russische Rechtsexpert*innen bestätigten gegenüber der *Washington Post*, dass das von Putin unterschriebene Dekret breit ausgelegt werden könnte und es tatsächlich möglich sei, dass die Zahl von 300'000 nach oben korrigiert würde. Pavel Chikov, ein russischer Anwalt, der die Menschenrechtsorganisation Agora leitet, sagte gegenüber der *Washington Post*, es gebe keine Hinweise auf die Dienstdauer im Rahmen dieser Teilmobilmachung. Weiter sagt er, dass sich mit dem Dekret auch automatisch die Verträge bestehender Soldaten «bis zum Ende der Mobilmachungsperiode» verlängere, selbst wenn sie nur kurzfristige Verträge unterschrieben hätten (*Washington Post*, 21. September 2022).

Ausgenommen von der Mobilmachung sind Studenten, Wehrpflichtige, Eltern von mindestens vier Kleinkindern und Personen, die für die Industrie unerlässlich sind, sowie Pflegekräfte. Der russische Verteidigungsminister Serghei Shoigu sagte gegenüber *AP News*, Wehrpflichtige und Studenten seien von der Teilmobilmachung nicht betroffen (*AP News*, 21. September 2022). Die *Washington Post* fügt hinzu, dass die Befreiung von der Teilmobilmachung auch Eltern mit vier oder mehr Kleinkindern, Personen, die für entscheidende Operationen der Industrie wichtig sind, und Pflegekräfte betreffe (*Washington Post*, 21. September 2022). Die Zugehörigkeit zu einer der ausgenommenen Kategorien scheint keine absolute Garantie dafür zu sein, dass man nicht eingezogen wird. Einige Tage nach der Teilmobilmachung gab CNN an, dass einige Bewohner der Republik Sakha einen Marschbefehl erhalten hatten, obwohl sie eigentlich davon ausgenommen waren. Laut der Organisation Free Buryatia Foundation, die von CNN zitiert wurde, seien bestimmte Regionen und ethnische Minderheiten unverhältnismässig stark von der Teilmobilmachung betroffen (CNN, 25. September 2022).

Situation vor der erklärten Teilmobilmachung am 21. September 2022

Bis zur Ankündigung der Teilmobilmachung durch Präsident Putin setzte sich das militärische Personal in der Ukraine aus Freiwilligen und Zeitsoldaten zusammen. Im Mai 2022 wurde die Altersgrenze von 40 Jahren für Berufssoldaten abgeschafft. Laut einer E-Mail an die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) vom 13. September 2022 von einer *Kontaktperson (Kontaktperson A)*, die ein russischer Menschenrechtsverteidiger ist, wurde die «militärische Spezialoperation» auf dem Territorium der Ukraine aufgrund der fehlenden allgemeinen Mobilmachung und Ausrufung des Kriegsrechts von Sicherheitskräften durchgeführt: dem Verteidigungsministerium, der russischen Garde und dem Föderalen Sicherheitsdienst Russlands (FSB), dessen Kern aus militärischem Personal besteht, das freiwillige militärische Verträge abgeschlossen hat. Die BBC berichtete im Mai 2022, dass Russland die Altersgrenze für Berufssoldaten abgeschafft habe, sodass auch Personen über 40 Jahren in die Streitkräfte eintreten könnten. Laut der BBC, die sich auf Militärexpererten beruft, sind in Russland von den insgesamt 900'000 Männern in der Armee mehr als 400'000 professionelle «Zeitsoldaten». (BBC, 29. Mai 2022).

Versteckte Mobilmachung, die aber vor September 2022 grösstenteils freiwillig ablief. Wehrpflichtige können im Prinzip nicht in aktive Kampfzonen geschickt werden. Einige wurden trotzdem in die Ukraine geschickt. Laut E-Mail-Auskunft vom 3. September 2022

an die SFH von einer *Kontaktperson (Kontaktperson B)*, der eine russische Menschenrechtsverteidiger ist, wurde in Russland bereits vor der offiziellen Verkündung im Verborgenen mobilgemacht. Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) berichtete im Juli 2022, dass die russischen Behörden eine grosse Rekrutierungskampagne durchführten, um die im Krieg in der Ukraine beteiligten Truppen zu stärken. Oleg Ignatov, ein russischer Analyst von der International Crisis Group sagte gegenüber RFE/RL, dass es sich um eine Art heimlicher Rekrutierung handle, die aber weiterhin freiwillig wäre. Dara Massicot, Researcherin der Rand Corporation, sagte gegenüber RFE/RL, dass Russland aufgrund des akuten Mangels an Soldaten auf verschiedene Methoden wie die Rekrutierung von Freiwilligen, Söldnern, Bataillonen von Gefangenen und Mitgliedern der Nationalgarde zurückgreife. RFE/RL gibt an, dass die Armee jährlich zwei Rekrutierungsrounden durchföhre, jeweils im April und im September. Im letzten April wurden 135'000 Männer rekrutiert. Auch wenn diese Wehrpflichtigen nicht in Kriegsgebieten eingesetzt werden sollten, seien einige trotzdem in der Ukraine stationiert worden (RFE/RL, 14. Juli 2022). In einem Interview gegenüber der Informationswebseite *Meduza* berichtete der Anwalt Maxim Grebenyuk, dass es ein Dekret gebe, das es der russischen Armee verbiete, einen Wehrpflichtigen dazu zu zwingen, an der Spezialoperation in der Ukraine teilzunehmen (*Meduza*, 3 Mai 2022).

Wehrpflichtige dazu gezwungen, einen Vertrag mit der Armee zu unterzeichnen, damit sie in die Ukraine geschickt werden. Andere werden unter Druck gesetzt, um am Ende ihres obligatorischen Dienstes einen Vertrag zu unterschreiben. Laut der *Kontaktperson B* wurden einige junge Wehrpflichtige ohne jegliche Informationen und Vorbereitung in die Ukraine geschickt. Vor Ort hätten sie einen Vertrag unterschreiben müssen. RFE/RL berichtet, dass die russischen Behörden bei ihrer Rekrutierungskampagne auf die Wehrpflichtigen am Ende ihrer Wehrpflicht Druck ausgeübt hätten, damit sie einen weiteren Vertrag als Freiwillige unterschreiben (RFE/RL, 14. Juli 2022). Laut *PBS news* seien einige Wehrpflichtige kurz vor der Invasion der Ukraine dazu gezwungen worden, militärische Verträge zu unterschreiben, mit denen sie in den Kampf geschickt werden können, obwohl normalerweise nur Freiwillige dorthin geschickt werden. Laut Ljudmilla Narusowa, Mitglied des Oberhauses des russischen Parlaments, sei eine ganze Kompanie von 100 Mann gezwungen worden, solche Verträge zu unterzeichnen, bevor sie an die Front geschickt wurde. Nur vier Männer der Kompanie hätten überlebt. Swetlana Agapitowa, Menschenrechtskommissarin in St. Petersburg, berichtete gegenüber *PBS news*, dass sie von den Angehörigen von sieben Soldaten kontaktiert wurde, die ebenfalls zu einer Vertragsunterzeichnung gezwungen wurden, bevor sie gegen ihren Willen in die Ukraine geschickt wurden (*PBS News*, 1. April 2022). Die *Washington Post* bestätigt in einem Artikel basierend auf Informationen von Menschenrechtsorganisationen ebenfalls, dass einige Wehrpflichtige dazu gezwungen worden seien, vor der Invasion der Ukraine einen Vertrag zu unterschreiben. Ein Anwalt, der von der Zeitung interviewt wurde, gab an, dass Wehrpflichtige systematisch dazu gezwungen würden Verträge zu unterschreiben und dass diese Praxis bereits vor Beginn des Krieges galt, damit die Militärführer ihre Rekrutierungszahlen erhöhen konnte (*Washington Post*, 1. April 2022).

Männer zwischen 18 und 27 Jahren müssen einen Militärdienst absolvieren. Es gibt Ausnahmen. Man kann die Wehrpflicht auch durch die Bezahlung von Bestechungsgeldern und durch das Vorweisen von medizinischen Zertifikaten umgehen. Al-Jazeera berichtet, dass theoretisch alle wehrfähigen Männer zwischen 18 und 27 Jahren ihren einjährigen Militärdienst leisten müssen. Studenten, Verurteilte und Familienmitglieder eines gefallenen Soldaten seien davon ausgenommen. Für alleinerziehende Väter und Personen,

die sich um Familienmitglieder mit Behinderung kümmern, kann der Wehrdienst aufgeschenben werden. Laut *Al-Jazeera* ist es möglich, dem Wehrdienst zu entgehen, insbesondere durch Bestechungsgelder, nach Vorlage von ärztlichen Attesten, indem man Verrücktheit vor-täuscht oder indem man eine Einschreibung an der Universität fälscht. Man kann sich auch für den Zivildienst entscheiden, doch würden nur wenige der Anträge angenommen. Dafür müsse die Person einen bürokratischen Prozess durchlaufen, der mit einem Interview vor einer Militärkommission abgeschlossen werde. Man müsse nachweisen können, dass die eigenen religiösen oder persönlichen Überzeugungen mit dem Militärdienst unvereinbar seien (*Al-Jazeera*, 18. März 2022).

3 Rekrutierung/Mobilmachung von medizinischem Personal

Ärzt*innen unterliegen in der Regel der Wehrpflicht. Laut der *Kontaktperson B* unterliegen Ärzt*innen der Wehrpflicht und können rekrutiert werden. Die Informationswebsite *Meduza* gibt ebenfalls an, dass Frauen mit besonderen Fähigkeiten, wie zum Beispiel Ärztinnen, rekrutiert werden können (*Meduza*, 6. Mai 2022). Laut einer E-Mail vom 7. September 2022 an die SFH von einer *Kontaktperson (Kontaktperson C)*, *einem russischen Menschenrechtsverteidiger, der auf die Rechte von Gefangenen spezialisiert ist*, unterliegen Ärzt*innen der Wehrpflicht. Ausgenommen sind diejenigen mit einem wissenschaftlichen Abschluss (Artikel 23 Nationalgesetz *Über die Wehrpflicht und den Militärdienst* vom 28. März 1998).

Ärzt*innen und medizinisches Personal von der Teilmobilmachung vom 21. September 2022 betroffen. Vorgesehen ist, dass 3'000 Ärzt*innen und medizinisches Personal eingezogen wird. Vorrangig werden bestimmte Kategorien von Ärzt*innen mit militärischer Erfahrung eingezogen. Laut einer E-Mail an die SFH vom 22. September 2022 von einer *Kontaktperson (Kontaktperson D)*, *der Anwalt und russischer Menschenrechtsverteidiger* ist, können die russischen Behörden nach der Teilmobilmachung vom 21. September 2022 Ärzt*innen oder medizinische Angestellte dazu zwingen, in die Ukraine zu gehen. In einer E-Mail vom 22. September 2022 der *Kontaktperson C* wird angegeben, dass von den insgesamt 300'000 Personen, die einberufen werden sollen, 3'000 Ärzt*innen und paramedizinisches Personal seien. Die Person beruft sich dabei auf ein Interview vom 21. September 2022 der Vizepräsidentin der Duma zum Gesundheitsschutz, Badma Bashankayev gegenüber der russischen medizinischen Zeitschrift *Meditinskaya gazeta*. In erster Linie würden Ärzt*innen mit einem Abschluss der militärmedizinischen Universitäten und einer Ausbildung in militärischer Feldmedizin, Ärzt*innen mit Kampferfahrung und schliesslich Zivilärzt*innen mit Spezialisierung auf Chirurgie, Anästhesiologie und Traumatologie eingezogen. Ausgenommen seien Ärzt*innen ohne einschlägige Ausbildung oder Kampferfahrung, Gesundheitsmitarbeitende in ländlichen Gesundheitseinrichtungen, die nicht ersetzt werden können, und Gesundheitsmitarbeitende in besonderen Lebenssituationen, zum Beispiel mit vielen Kindern, die schwanger sind oder deren Eltern krank und pflegebedürftig sind.

Situation vor der erklärten Teilmobilmachung am 21. September 2022

Rekrutierung von medizinischem Personal, das für Institutionen mit Verbindungen zur russischen Regierung arbeitet. Kurz vor der russischen Invasion in der Ukraine hätten

Ärzt*innen die Anordnung erhalten, «Sonderbrigaden» zu bilden und sich für den Einsatz in der Ukraine bereitzuhalten. Die Rekrutierung von Ärzt*innen sei auf «freiwillig obligatorischer» Basis erfolgt. Möglicherweise wurde Druck auf die Ärzt*innen ausgeübt. Gegenüber der Informationswebseite *ITV news* sagte Ende Februar 2022 ein russischer Arzt, der anonym bleiben wollte, dass russische Ärzt*innen den Befehl erhalten hätten «Sonderbrigaden» zu bilden, um die russischen Verwundeten im Krieg in der Ukraine zu versorgen. Laut diesem Arzt hätten bestimmte Spitäler, insbesondere diejenigen mit Forschungsverbindungen zur russischen Regierung und welche bereits Kriegsopfer aus dem ukrainischen Donbass und aus Syrien behandelt haben, am 22. Februar 2022, also zwei Tage vor der Invasion der Ukraine, ein Dokument erhalten, in dem der Urlaub für leitende Angestellte gestrichen und das gesamte Personal angewiesen wurde, «unter einem Sonderregime» der erhöhten Bereitschaft zu arbeiten. Die Ärzt*innen sollen von den Verwaltungsleitenden ihres Spitals darüber informiert worden sein, dass die brigadebildenden Ärzt*innen jederzeit erreichbar und abmarschbereit sein müssen. Einige Ärzt*innen und Krankenschwestern seien in ein Spital in Rostow an der Grenze zur Ukraine geschickt worden. Am 25. Februar 2022 enthüllte *ITV news* ein Dokument, aus dem hervorging, dass sich das russische Gesundheitsministerium auf einen massiven medizinischen Notfall vorbereitete. Laut diesem vom stellvertretenen Gesundheitsminister unterzeichneten Dokument vom 25. Februar 2022 sollten die medizinischen Einrichtungen einsatzbereites medizinisches Personal ermitteln und dem Verteidigungsministerium eine Liste von Spezialist*innen, insbesondere Unfall-, Herz-, Kiefer- und Kinderchirurg*innen, zur Verfügung stellen. Drei Ärzte bestätigten gegenüber *ITV news*, dieses Dokument gesehen zu haben. Laut dem obengenannten Arzt wird in der Regel medizinisches Personal eingezogen und in Konfliktgebieten als «freiwillig obligatorisch» eingesetzt (*ITV news*, 2. März 2022). Laut *Kontaktperson A* arbeiten die medizinischen und Forschungseinrichtungen der staatlichen Agentur für Medizin und Biologie zwar offiziell unter dem normalen Friedenszeitregime, doch kann die Leitung dieser Einrichtungen interne Befehle zur Bildung von Sonderbrigaden aus medizinischem Personal erteilen, die unter anderem in das Kriegsgebiet entsandt werden können. Obwohl die Teilnahme von Ärzt*innen an diesen Brigaden offiziell nur auf freiwilliger Basis erfolgen sollte, kann die Führung inoffiziellen Druck auf die Ärzt*innen ausüben, damit sie sich an diesen Brigaden und Einsätzen beteiligen.

Aufgrund eines fehlenden generellen Mobilmachungsbefehls dürfen medizinische Einrichtungen offiziell keine interne Mobilmachung des Personals ausrufen. Nur Personen, die sich bereiterklären, einen Vertrag mit der Armee zu unterzeichnen, dürfen in ein Konfliktgebiet entsandt werden. Laut einer E-Mail an die SFH vom 8. September 2022 von der *Kontaktperson D* gibt es ein kein «Spezialregime», das sich auf medizinische und Forschungseinrichtungen während einer «militärischen Spezialoperation» anwenden lassen könnte. Da keine landesweite (selbst teilweise) Mobilmachung per Präsidialdekret verkündet worden sei, dürften solche Einrichtungen keine interne Mobilmachung des Personals ausrufen. Diese Person gibt an, dass ihr keine Rechtsvorschriften bekannt seien, die es in diesem Zusammenhang erlauben, medizinisches Personal in ein Kriegsgebiet zu entsenden. Solange die Mobilmachung noch nicht erklärt wurde, dürfen Personen in Gesundheitsberufen ohne einen Militärdienstvertrag (der nur mit ihrer Zustimmung abgeschlossen wird) nicht in die Armee eingezogen werden. Ein Arzt, der einen solchen Vertrag unterzeichnet, könnte jedoch als Angehöriger der Streitkräfte in die Ukraine geschickt werden. Laut *Kontaktperson C* darf ein Arzt ohne eine allgemeine Mobilmachung und die Verhängung des Kriegsrechts nicht aufgeboten und in ein Kampfgebiet geschickt werden.

Reservisten unter den Ärzt*innen sollen trotz fehlender Mobilmachung in die Ukraine geschickt worden sein. Laut *Kontaktperson A* wurden auch Männer, die bereits in der Armee gedient hatten und Reservisten waren, an die ukrainische Front geschickt. Einige dieser Ärzte seien in der Ukraine getötet worden. Laut der *Generaldirektion für Geheimdienste des ukrainischen Verteidigungsministeriums* (HUR MOU) soll Russland beschlossen haben, medizinisches Personal (auch in Moskau) einzuziehen, um die vielen Verletzten zu versorgen. Betroffen seien fast alle medizinischen Fachrichtungen, insbesondere aber Fachärzt*innen für Chirurgie. Diese Mobilmachung würde im Verborgenen stattfinden, ohne dass die Öffentlichkeit darüber informiert würde. Russland würde planen, die aufgebotenen Ärzt*innen in die von ihm besetzten ukrainischen Gebiete zu schicken, insbesondere nach Mariupol, Luhansk und Donezk (HUR MOU, 25. Juli 2022).

Bereits kurz nach Beginn der russischen Invasion in der Ukraine überlegten sich viele Ärzt*innen, das Land zu verlassen, um sich nicht der Militäroperation in der Ukraine anschliessen zu müssen. Laut der medizinischen Informationswebsite BMJ unterzeichneten Ende Februar 2022 mehr als 15'000 russische Ärzt*innen und Mitarbeitende des Gesundheitswesens einen offenen Brief, in dem sie Wladimir Putin aufforderten, die Feindseligkeiten gegen die Ukraine einzustellen. Die Ärztin Ksenia Suvorova, die den offenen Brief koordiniert hatte, sagte, einige Ärzt*innen und Mitarbeitende des Gesundheitswesens seien dazu verleitet worden, sich der Militäroperation in der Ukraine anzuschliessen. Viele von ihnen hätten Angst und würden erwägen, das Land zu verlassen (BMJ, 1. März 2022).

4 Gesetzliche Sanktionen bei Kampfverweigerung oder der Weigerung, in die Ukraine geschickt zu werden

4.1 Verschärfung der gesetzlichen Sanktionen bei «Straftaten gegen den Militärdienst»

Am 20. September 2022 Verabschiedung eines Gesetzesentwurfs, der die Strafen für Desertion, Befehlsverweigerung und Kapitulation während einer Mobilmachung oder bei Kampfhandlungen verschärft. Gesetz wurde am 24. September 2022 von Präsident Putin unterzeichnet. AP News berichtet, dass am 21. September 2022, am Tag vor der Verkündigung der Teilmobilmachung durch Präsident Putin, das Unterhaus des russischen Parlaments Änderungen des Strafgesetzbuches verabschiedet hatte, die die Strafen für Deser-
tion, Kapitulation und Befehlsverweigerung verschärfen (AP News, 21. September 2022). Reuters weist darauf hin, dass diese Strafen in Situationen militärischer Mobilmachung oder in Kampfsituationen gelten. In einem Artikel von Reuters erklärt der Anwalt und russische Menschenrechtsverteidiger Pavel Chikow, dass es früher die Konzepte der «Mobilmachung» oder einer «Kampfoperation» im russischen Strafgesetzbuch nicht gab (Reuters, 20. September 2022). Laut RFE/RL ändert dieser Gesetzentwurf die Artikel zu Straftaten gegen den Militärdienst dahingehend, dass der Satz «während bewaffneter Konflikte oder militärischer Aktionen» durch «während der Mobilmachung, unter Kriegsrecht sowie in Kriegszeiten oder während eines bewaffneten Konflikts und laufender Kampfhandlungen» ersetzt wird. (RFE/RL, 20. September 2022). Die Informationswebsite Meduza spricht davon, dass nun die Begehung einer Straftat «während der Mobilmachung, unter Kriegsrecht oder in Kriegszeiten»

zu einem erschwerenden Umstand wird. Reservisten und Personen, die zur militärischen Ausbildung herangezogen werden und sich weigern einzurücken oder desertieren, könnten strafrechtlich verfolgt werden (*Meduza*, 20. September 2022). Laut CNN hat Putin den Gesetzentwurf am 24. September 2022 unterzeichnet (CNN, 25. September 2022).

4.2 Rechtliche Sanktionsmöglichkeiten gegen Ärzt*innen

Rechtliche Sanktionen möglich. Gemäss Artikel 332 des Strafgesetzbuchs kann die Befehlsverweigerung zu einer Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren führen. Laut einer E-Mail an die SFH vom 22. September 2022 von der *Kontaktperson D* kann ein Arzt, der ein Aufgebot verweigert, seit der Teilmobilmachung vom 21. September 2022 strafrechtlich verfolgt werden, insbesondere gemäss Artikel 332 des Strafgesetzbuchs, der die Befehlsverweigerung bestraft. Dieser Artikel, der am 24. September 2022 geändert wurde, besagt, dass während des Kriegsrechts, in Kriegszeiten oder während eines bewaffneten Konflikts oder einer militärischen Aktion die Nichtausführung eines Befehls eines Vorgesetzten, die schwerwiegende Folgen nach sich zieht, mit einer Freiheitsstrafe von drei bis zehn Jahren bestraft wird (*Regierung Russlands*, 24. September 2022). Die offizielle russische Nachrichtenagentur *Tass* bestätigt, dass Personen, die während des Kriegsrechts, in Kriegszeiten oder während eines bewaffneten Konflikts oder Kriegsoperationen einen Befehl eines Vorgesetzten mit schwerwiegenden Folgen verweigern, wie zum Beispiel den Befehl, in den Krieg zu ziehen, mit drei bis zehn Jahren Gefängnis bestraft werden (*Tass*, 24. September 2022).

Gemäss Artikel 338 des Strafgesetzbuchs kann Fahnenflucht oder das Fernbleiben von einem Ort des Militärdienstes, um sich während der Mobilmachung dem Militärdienst zu entziehen, zu einer Gefängnisstrafe von bis zu 15 Jahren führen. Laut einer E-Mail an die SFH vom 28. September 2022 von einer *Kontaktperson (Kontaktperson E)*, die eine russische Menschenrechtsverteidigerin ist, kann ein Arzt, der als Reservist geführt wird und das Aufgebot zur Mobilmachung erhält, sich aber versteckt oder das Land verlässt, nach Artikel 338 des Strafgesetzbuchs (Bestrafung für Desertion) verfolgt werden. Die Presseagentur *Tass* erklärt, dass gemäss Artikel 338 des Strafgesetzbuchs Fahnenflucht oder das Fernbleiben von einem Ort des Militärdienstes, um sich während der Mobilmachung dem Militärdienst zu entziehen, zu einer Gefängnisstrafe von bis zu 15 Jahren führen kann (*Tass*, 24. September 2022). Der am 24. September 2022 geänderte Artikel 338 des Strafgesetzbuches besagt nämlich, dass «das unerlaubte Verlassen einer Einheit oder eines Dienstortes mit dem Ziel, sich dem Militärdienst zu entziehen, sowie das Nichterscheinen zum Dienst aus denselben Gründen» mit einer Haftstrafe zwischen fünf und fünfzehn Jahren geahndet wird, wenn diese Handlung «während der Mobilmachung oder des Kriegsrechts, in Kriegszeiten oder unter den Bedingungen eines bewaffneten Konflikts oder Kampfeinsätzen» begangen wird (*Russische Regierung*, 24. September 2022).

Fünf bis zehn Jahre Gefängnis für Wehrpflichtige, Zeitsoldaten oder Reservisten, die ihre Militäreinheit oder ihren Dienstort während der Mobilmachung verlassen (Artikel 337 des Strafgesetzbuchs). Artikel 337 des Strafgesetzbuchs stellt ausserdem das unerlaubte Verlassen der Militäreinheit oder des Dienstorts unter Strafe. Dieser Artikel gilt für Wehrpflichtige und Zeitsoldaten, aber auch für Reservisten während ihrer militärischen Ausbildung. Wenn diese Handlung «während der Mobilmachung oder des Kriegsrechts, in Kriegszeiten oder unter den Bedingungen eines bewaffneten Konflikts oder Kampfeinsätzen» begangen wird, kann sie mit einer Gefängnisstrafe zwischen fünf und zehn Jahren geahndet

werden (*Russische Regierung*, 24. September 2022). Laut CNN bedeuten die Änderungen des russischen Strafgesetzbuchs tatsächlich, dass eine Person, die nicht zum Wehrdienst erscheint oder ihre Militäreinheit verlässt, mit bis zu zehn Jahren Gefängnis rechnen muss (CNN, 25. September 2022).

Bis zu zwei Jahre Gefängnis für Personen, die der Befehlsverweigerung für schuldig befunden werden. Laut der *Washington Post* und *Al-Jazeera* drohen Personen, die dem Aufruf zum Militärdienst nicht folgen, hohe Geldstrafen und eine Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren (*Washington Post*, 1. April 2022; *Al-Jazeera*, 18. März 2022). Artikel 328 des russischen Strafgesetzbuches besagt, dass eine Person, die ohne triftigen Grund dem Aufruf zum Militärdienst nicht folgt, mit einer Geldstrafe von bis zu 200'000 Rubel oder dem Gegenwert von 18 Monatsgehältern oder mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren bestraft werden kann (*Russische Regierung*, 24. September 2022).

Situation vor der erklärten Teilmobilmachung am 21. September 2022

Keine rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten gegen Ärzt*innen, die sich weigern, an der «militärischen Spezialoperation» in der Ukraine teilzunehmen. Die *Kontaktperson A* sagte, dass es bis Anfang September 2022 keinen Artikel im Strafgesetzbuch gab, der auf einen/einer Ärzt*in oder medizinische Mitarbeitende eines nationalen Forschungszentrums bei einer Weigerung, als Teil von Sonderbrigaden an einer Militäroperation in der Ukraine teilzunehmen, angewandt werden konnte, auch wenn diese Person wehrpflichtig war. Es gibt also keine offiziellen rechtlichen Sanktionen für die Weigerung, an einer solchen Mission teilzunehmen.

Keine juristische Verfolgung möglich für Ärzt*innen, die keinen Vertrag unterschrieben haben. Laut *Kontaktperson D* konnte ohne einen vom/von der Ärzt*in freiwillig unterzeichneten Vertrag, in dem er/sie der Entsendung in die Ukraine zustimmt, keine strafrechtliche Verfolgung gegen ihn/sie eingeleitet werden, wenn er/sie sich weigerte, an der «militärischen Spezialoperation» in der Ukraine teilzunehmen. Ein Arzt sagte gegenüber *ITV news*, dass medizinisches Personal, das sich weigert, eingezogen und in die Ukraine geschickt zu werden, innerhalb der Brigade einfach ersetzt werden würde (*ITV news*, 2. März 2022).

Gegen einen Arzt, der einen Vertrag unterschrieben habe, sich aber weigert, in die Ukraine geschickt zu werden, könnten strafrechtliche Schritte eingeleitet werden. Diese Straftat kann mit einer Haftstrafe von bis zu zwei Jahren geahndet werden. Laut *Kontaktperson D* könnte ein Arzt, der freiwillig einen Militärvertrag unterzeichnet, sich dann aber weigert, in der Ukraine eingesetzt zu werden, gemäss Artikel 332 des russischen Strafgesetzbuchs (Verweigerung eines militärischen Befehls) strafrechtlich verfolgt werden. Dieser Artikel besagt, dass eine Person, die sich weigert, den rechtmässigen Befehl eines Vorgesetzten auszuführen und dadurch den Interessen des Militärdienstes erheblichen Schaden zufügt, mit einer Einschränkung des Militärdienstes von bis zu zwei Jahren, mit Gefängnis von bis zu sechs Monaten oder mit einer Inhaftierung in einer militärischen Disziplinareinheit von bis zu zwei Jahren bestraft wird. Wenn diese Person Teil einer organisierten Gruppe ist, die sich weigert, den Befehl eines Vorgesetzten auszuführen, könne die Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahre betragen (*Russische Regierung*, 1996). Laut der Informationswebsite *Matrioska*, die Informationen des Anwalts Maxim Grebenyuk gegenüber dem russischen Medienunternehmen *Mediazona* zitiert, kann Artikel 332 des Strafgesetzbuchs, der die Befehlsverweigerung bestraft, jedoch nicht angewendet werden, da sich Russland nicht offiziell im Krieg befindet

und kein Kriegsrecht verhängt wurde. Es gebe somit keinen Befehl zur Mitwirkung des Militärs auf fremdem Staatsterritorium (*Matrioska*, 17. Mai 2022).

4.3 Rechtliche Sanktionsmöglichkeiten gegen Soldaten

Siehe Abschnitte 4.1 und 4.2 oben.

Situation vor der erklärten Teilmobilmachung am 21. September 2022

Bei Kampfverweigerung oder einer Weigerung, in die Ukraine geschickt zu werden, keine strafrechtliche Verfolgung eines Soldaten möglich. Entlassungen sind aber möglich. Der russische Anwalt Maikhail Benyash sagte gegenüber *The Guardian*, dass gemäss russischen Militärregeln ein Soldat, der sich weigert, zum Kampfeinsatz in die Ukraine zu gehen, aus der Armee entlassen werden kann. Er könne jedoch nicht strafrechtlich verfolgt werden. Er nennt das Beispiel von zwölf Nationalgardisten aus der südrussischen Stadt Krasnodar, die entlassen wurden, nachdem sie sich geweigert hatten, in die Ukraine zu gehen. Nach Ansicht dieses Anwalts sei es zwar üblich, dass Kommandeure widerspenstigen Soldaten mit Gefängnis drohen würden, doch gebe es keine Rechtsgrundlage für die strafrechtliche Verfolgung eines Soldaten, der sich weigert, in der Ukraine zu kämpfen. Viele Soldaten hätten sich deshalb für eine Entlassung oder eine Versetzung an einen anderen Ort entschieden. Er stellt klar, dass es anders wäre, wenn Russland der Ukraine offiziell den Krieg erklären würde. In diesem Fall würde eine Weigerung, in der Ukraine zu kämpfen, härtere Konsequenzen wie etwa eine Gefängnisstrafe nach sich ziehen (*The Guardian*, 12. Mai 2022). In einem Interview gegenüber der Informationswebsite *Meduza* berichtet der Anwalt Maxim Grebenyuk, dass die meisten Soldaten, die sich geweigert hatten, an der «militärischen Spezialoperation» teilzunehmen, entlassen wurden. Einige seien jedoch im Dienst geblieben. In Friedenszeiten sei es für die Armee schwierig, strafrechtlich gegen Befehlsverweigerung im Sinne von Artikel 332 des Strafgesetzbuchs Teil 1 vorzugehen. Die Nichtbefolgung eines Befehls gelte nur dann als Straftat, wenn sie materielle Konsequenzen nach sich zieht oder eine Kampfmission stört (*Meduza*, 3. Mai 2022).

Laut Gesetz dürfen Soldaten Befehle missachten, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen, insbesondere wenn sie sich als Pazifisten bezeichnen. Der Menschenrechtsaktivist Sergei Krivenko sagte gegenüber RFE/RL, dass die russischen Militärvorschriften bestimmte rechtliche Verfahren für Soldaten vorsehen, die Befehle missachten, insbesondere wenn sie sich als Pazifisten bezeichnen. Sie können nicht strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie pazifistische Überzeugungen haben und sich an die Verfahren halten. Solange sie nicht fliehen, können sie nicht für Desertion verfolgt werden. Der Artikel zur Befehls- oder Gehorsamsverweigerung kann ebenfalls nicht angewendet werden, da sich die Soldaten laut Sergei Krivenko nicht weigern, einen Befehl auszuführen, sondern einfach nur ihre pazifistische Überzeugung zum Ausdruck bringen (RFE/RL, 20. Juli 2022). Der russische Menschenrechtsanwalt Alexei Tabalov erklärte gegenüber der BBC, dass das russische Gesetz Klauseln enthalte, aufgrund derer sich russische Soldaten weigern können zu kämpfen, wenn sie es nicht möchten. Andere von der BBC zitierte Anwälte, die Soldaten rechtlich vertreten, die sich weigerten, in der Ukraine zu kämpfen, rieten diesen, einen Brief beim Hauptquartier ihrer Einheit einzureichen, in dem sie sich auf moralische und psychologische Erschöpfung berufen, aufgrund derer sie nicht in der Ukraine kämpfen könnten. Ihnen sei auch geraten worden, ihre Einheit nicht zu verlassen, um nicht der Desertion beschuldigt zu werden (BBC, 3. Juni 2022).

Bisher kein registrierter Fall von Strafverfolgung gegen einen Soldaten, der sich geweigert hat, in der Ukraine zu kämpfen. Bei der Einleitung eines solchen Strafverfahrens müsste die Armee zugeben, dass die «militärische Spezialoperation» nicht wie geplant verläuft. Der Anwalt Maxim Grebenyuk sagte gegenüber dem russischen Medienunternehmen *Mediazone* und wurde auf der Informationswebsite *Matrioska* zitiert, dass seit Beginn des Krieges in der Ukraine bis Mitte Mai kein Fall einer Strafverfolgung eines Soldaten aufgrund seiner Weigerung, in der Ukraine zu kämpfen, registriert worden sei (*Matrioska*, 17. Mai 2022). Der Menschenrechtsaktivist Sergei Krivenko sagte gegenüber der BBC ebenfalls, dass ihm keine Fälle bekannt seien, in denen Personen, die sich weigerten, in der Ukraine zu kämpfen, strafrechtlich verfolgt worden seien (BBC, 3. Juni 2022). Rechtsanwalt Maxim Grebenyuk denkt, dass es bisher noch keinen einzigen Strafprozess wegen Befehlsverweigerung gegeben habe, weil bei Einleitung eines Strafverfahrens gegen einen Soldaten die Medien davon erfahren würden und die Armee zugeben müsste, dass bei der «militärischen Spezialoperation» etwas nicht nach Plan verlaufe. Denn im Falle einer Strafverfolgung muss der betroffene Soldat eine Kopie der Entscheidung zur Einleitung der Strafverfolgung erhalten, die Einzelheiten über den «erheblichen Schaden» enthalten muss, der durch seine Handlungen gegenüber den Interessen der Armee verursacht wurde. Diese Informationen könnten von den Medien aufgegriffen werden und würden der Armee schaden. Auch wenn laut dieses Anwalts eine strafrechtliche Verfolgung unwahrscheinlich ist, bleibt sie theoretisch möglich (*Meduza*, 3. Mai 2022). Die BBC zitiert den Fall eines Kommandeurs, der ein Strafverfahren gegen einen Soldaten beantragte, der sich weigerte, in die Ukraine zurückzukehren, doch ein Militärstaatsanwalt lehnte ein solches Verfahren ab (BBC, 3. Juni 2022).

5 Inoffizielle Sanktionen bei Kampfverweigerung oder der Weigerung, in die Ukraine geschickt zu werden

Situation vor der erklärten Teilmobilmachung am 21. September 2022

5.1 Inoffizielle Sanktionen gegen Ärzt*innen

Ein Arzt, der sich weigert, in der Ukraine eingesetzt zu werden, riskiert eine Entlassung und findet nur schwer eine neue Stelle. Weitere, härtere Vergeltungsmassnahmen sind nicht ausgeschlossen. Laut *Kontaktperson D* hat ein Arzt, der keinen Anstellungsvertrag mit der Armee unterzeichnet hat und sich weigert, an der militärischen Spezialoperation in der Ukraine teilzunehmen, keine rechtlichen Konsequenzen zu befürchten. Er könnte aber unter falschen Vorwänden entlassen werden und Schwierigkeiten haben, eine neue Stelle zu finden. Er könnte auch andere Arten von Diskriminierung erleben. *Kontaktperson A* bestätigt, dass Leitende medizinischer und Forschungseinrichtungen der nationalen Agentur für Medizin möglicherweise inoffiziellen Druck auf Ärzte ausübt, damit diese sich an Sonderbrigaden beteiligen, die bereit sind, in die Ukraine verlegt zu werden. Der Arzt könnte sich dann überlegen, ob er aus dem Institut austreten oder den Auftrag annehmen würde. Es könnte auch zu anderen Arten von Vergeltungsmassnahmen kommen, je nach der Wichtigkeit und dem Aktivismus der Person. Neben der Entlassung könnte dieser Person vom Sozialamt angdroht werden, dass ihr die Kinder weggenommen werden, oder sie könnte zur «Extremistin»

erklärt und ihre Konten gesperrt werden. Auch kann gegen sie (oder ihre Angehörigen) aus abstrusen Gründen (Drogen, Hooliganismus, Betrug usw.) ein Strafverfahren eingeleitet werden. *Kontaktperson A* erklärt, dass ein Arzt, der sich zwar nicht offiziell weigert, an diesen Sonderbrigaden teilzunehmen, aber flieht und das Land verlässt, ähnlichen Repressalien ausgesetzt werden kann.

Justizsystem und Strafverfolgungsbehörden unter dem Einfluss der Exekutive. Es ist sehr schwierig für eine*n Bürger*in, seine/ihre Rechte in «politischen Angelegenheiten» geltend zu machen. Laut *Kontaktperson B* existiere in Russland per se kein «Gesetz». Praktisch alle Gerichte und Strafverfolgungsbehörden ständen unter dem operativen Einfluss der Exekutive. Die Bürger*innen könnten ihre Rechte nur selten verteidigen oder geltend machen und praktisch niemals, wenn es um «politische Fragen» gehe, die von den Behörden kontrolliert werden. Deshalb verfügten die Behörden über sehr viele Mittel, mit denen sie «unerwünschte» Bürger*innen beeinflussen oder bestrafen können, ohne sie aus «Protest» offiziell zu unterdrücken.

5.2 Inoffizielle Sanktionen gegen verpflichtete Soldaten

Drohungen und Einschüchterungen gegen Soldaten, die sich weigern, in der Ukraine zu kämpfen. Einige werden an den Pranger gestellt und erniedrigt. Der Anwalt Alexej Tabalow sagte gegenüber der BBC, dass es nach russischem Recht zwar nicht möglich sei, einen Soldaten, der sich weigert zu kämpfen, strafrechtlich zu verfolgen, aber die Kommandeure trotzdem versuchen würden, widerspenstige Soldaten einzuschüchtern, indem sie ihnen mit Strafverfolgung drohen würden (BBC, 3. Juni 2022). Der Anwalt Maxim Grebenyuk berichtete gegenüber Meduza ebenfalls davon, dass einigen Soldaten, die sich weigerten, an der «militärischen Spezialoperation» teilzunehmen, mit strafrechtlicher Verfolgung oder einer Anklage wegen Verrats oder Fahnenflucht gedroht wurde (Meduza, 3. Mai 2022). Laut RFE/RL können Kommandeure keine strafrechtlichen Schritte gegen Soldaten einleiten, die sich weigern, in der Ukraine zu kämpfen. Stattdessen würden sie andere Taktiken anwenden, wie z. B. die öffentliche Demütigung dieser Soldaten. RFE/RL berichtet, dass in der südrussischen Stadt Budjonnowsk Kommandeure eine «Wand der Schande» mit den Namen, Fotos und Dienstgraden von etwa 300 Soldaten eingerichtet hätten, die sich während des Krieges in der Ukraine Befehlen widergesetzt haben. Dort werden diese Soldaten beschuldigt, ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland und ihre militärischen Eide vergessen zu haben (RFE/RL, 20. Juli 2022).

Einige Soldaten erhielten einen Stempel auf ihrem Militärausweis, der besagt, dass sie sich geweigert hätten, in der Ukraine eingesetzt zu werden, und dass sie «zu Verrat, Täuschung und Lüge neigen» würden. In einem Interview gegenüber der Informationswebsite Meduza berichtet der Anwalt Maxim Grebenyuk, dass einige Soldaten, die sich geweigert hatten, in der Ukraine zu kämpfen, in ihren Dienstzeugnissen einen Stempel mit dem Vermerk «anfällig für Verrat, Täuschung und Lüge» erhalten hatten. Laut dem Anwalt wird diese Praxis nicht systematisch angewendet und gehe wahrscheinlich auf die persönliche Initiative mehrerer Kommandanten zurück. Andere Soldaten berichteten, dass auf ihrem Wehrdienstausweis vermerkt war, dass sie wegen ihrer Weigerung, an der «militärischen Spezialoperation» teilzunehmen, und insbesondere wegen «Nichteinhaltung der Vertragsbedingungen» entlassen worden waren. Diese Anmerkungen, die laut dem Anwalt illegal sind, sollen das Leben der Soldaten ruinieren, denn damit werden ihre zukünftigen beruflichen Möglichkeiten eingeschränkt, insbesondere wenn sie weiterhin im Bereich des Militärs, des Strafvollzugs oder

einer anderen Organisation zur Durchsetzung der Gesetze arbeiten wollen (*Meduza*, 3. Mai 2022). Kontaktperson A bestätigte, dass einige Wehrpflichtige, die sich weigerten, an der «militärischen Spezialoperation» teilzunehmen, in ihrem Militärausweis einen Stempel mit dem Vermerk «anfällig für Verrat, Täuschung und Lüge» oder «Verweigerung der Teilnahme an Sondereinsätzen auf dem Gebiet der Ukraine, der DNR und der LNR» erhielten. Ein solcher Stempel habe einen sehr negativen Einfluss auf das Leben des Soldaten.

6 Quellen

Al-Jazeera, 21. September 2022:

« Russian President Vladimir Putin has announced a partial mobilisation in Russia as the war in Ukraine reaches nearly seven months. »

In a televised address to the nation on Wednesday, Putin said he was defending Russian territories and that the West wanted to destroy the country. [...]

Putin said he has signed a decree on the partial mobilisation, which is due to start later on Wednesday.

“We are talking about partial mobilisation, that is, only citizens who are currently in the reserve will be subject to conscription, and above all, those who served in the armed forces have a certain military specialty and relevant experience,” he said. [...]

Reporting from Kyiv, Al Jazeera’s Gabriel Elizondo said it was a “defiant speech” by the Russian leader.

“He stressed that it was partial, not a full mobilisation. What exactly does this look like? He didn’t say,” he said. “In general, a full mobilisation would mean that any military (reservist), roughly 18-60 years old, could not leave Russia and would need to join the military.”

Elizondo said Putin’s speech is an indication that he wants to ramp up the Russian military to fight the war in Ukraine. “No matter how you look at it, it is definitely an escalation if you will, and a realisation that perhaps Moscow needs more troops in Ukraine to achieve its military goals.” » Quelle: Al-Jazeera, Russia’s Putin signs decree on partial mobilisation for citizens, 21. September 2022: www.aljazeera.com/news/2022/9/21/russias-putin-signs-decree-on-partial-mobilisation-for-citizens.

Al-Jazeera, 18. März 2022:

« Russia has had a system of conscription since tsarist times, when recruits could be press-ganged into service for up to 15 years. But modern conscription dates back to the Soviet era. »

Every able-bodied man aged 18-27, in theory, has to serve one year, and draft-dodgers face heavy fines and up to two years’ imprisonment.

Students, convicts, and family members of killed soldiers are exempt, while single fathers and carers for disabled family members can have their service deferred.

And in practice, others have before been able to skip conscription. Those who had the means could avoid the draft by paying bribes, showing doctors' letters proving they were medically unfit, feigning insanity or falsifying university attendance.

"Yes, this question has been asked of us a lot recently – how to avoid service. That they [draftees] know such ways exist is already good," Elena Popova, coordinator of the Russia-based Movement of Conscientious Objectors, told Al Jazeera.

"In general, I've noticed that since the start of this war people are very afraid in all sorts of ways. They're afraid they'll all be grabbed and thrown into the meat-grinder. They feel their freedom is under immense pressure. So now I think it's particularly important to show that other ways exist, and they work."

And there is yet another way of staying out of the barracks.

According to the Russian constitution, people whose religious or personal beliefs are incompatible with military service, as well as members of certain ethnic minorities living a traditional way of life, are allowed to perform "alternative civil service" (AGS) instead.

Such religious or personal beliefs are vaguely defined – simply saying you're a pacifist, for example, is not enough; you have to prove it.

This can be done with a bureaucratic procedure that ends with an interrogation before a military committee. Of the tens of thousands called for duty each year, only a fraction are given AGS.

After being accepted, unlike conscription, AGS can last nearly two years.

The draftee can be tasked with a variety of duties. Jobs such as nurses, cleaners and postal workers are the most common. Although it is not forced labour, draftees are deprived of several workplace rights. » Quelle: Al-Jazeera, Fearing front-line deployment, some Russians resist conscription, 18. März 2022: www.aljazeera.com/news/2022/3/18/fearing-front-line-deployment-some-russians-resist-conscription.

AP News, 21. September 2022:

« Russian President Vladimir Putin on Wednesday announced a partial mobilization in Russia as the war in Ukraine reaches nearly seven months and Moscow loses ground on the battlefield. Putin also warned the West that "it's not a bluff" that Russia would use all the means at its disposal to protect its territory.

**The total number of reservists drafted in the partial mobilization is 300,000, officials said.
[...]**

Putin said he has signed a decree on the partial mobilization, which is due to start on Wednesday.

"We are talking about partial mobilization, that is, only citizens who are currently in the reserve will be subject to conscription, and above all, those who served in the armed forces have a certain military specialty and relevant experience," Putin said.

Russian Defense Minister Sergei Shoigu said in a televised interview Wednesday that Shoigu assured that conscripts and students will not be mobilized, only those with relevant combat and service experience will. [...]

In another signal that Russia is digging in for a protracted and possibly ramped-up conflict, the Kremlin-controlled lower of house of parliament voted Tuesday to toughen laws against desertion, surrender and looting by Russian troops. Lawmakers also voted to introduce possible 10-year prison terms for soldiers refusing to fight.

If approved, as expected, by the upper house and then signed by Putin, the legislation would strengthen commanders' hands against failing morale reported among soldiers. »
Quelle: AP News, Putin sets partial mobilization in Russia, threatens enemies, 21. September 2022: <https://apnews.com/article/russia-ukraine-putin-donetsk-f64f9c91f24fc81bc8cc65e8bc7748f4>.

BBC, 3. Juni 2022:

« At the beginning of April, Sergey was sent back over the border to a camp on the Russian side. Troops had been withdrawn from northern Ukraine and appeared to be regrouping for an assault in the east. Later that month he received an order to return to Ukraine - but told his commander that he was not prepared to go.

"He said it was my choice. They didn't even [try to] dissuade us, because we weren't the first," Sergey told the BBC. But, he had been sufficiently worried about his unit's reaction to his refusal that he decided to seek legal advice.

A lawyer told Sergey and two like-minded colleagues to return their arms and go back to their unit's headquarters - where they should file a letter explaining that they were "morally and psychologically exhausted" and could not continue fighting in Ukraine.

Sergey was told that returning to the unit was important because simply leaving could be interpreted as desertion, which can result in a two-year sentence in a disciplinary battalion.

Army commanders try to intimidate contract soldiers into staying with their units, according to Russian human rights lawyer Alexei Tabalov. But he stresses that Russian military law does include clauses which allow soldiers to refuse to fight if they don't want to.

Human rights activist Sergei Krivenko says he is not aware of any prosecutions of those refusing to return to the front.

That is not to say that prosecutions are not being attempted.

One commander in northern Russia requested a criminal case be brought against his subordinate who would not return to Ukraine, but a military prosecutor refused to proceed, according to documents seen by the BBC. Such an action would be "premature" without having assessed the harm to the military service he was involved in, the prosecutor said.

And there is no guarantee that more prosecutions might not emerge in the future. [...] »

Quelle: BBC, The Russian soldiers refusing to fight in Ukraine, 3. Juni 2022:
www.bbc.com/news/world-europe-61607184?at_medium=RSS&at_campaign=KARANGA.

BBC, 29. Mai 2022:

« Russia has scrapped its age limit for professional soldiers, paving the way for more civilian experts to be recruited for the Ukraine conflict.

President Vladimir Putin has signed a law enabling people over 40 to enlist for the armed forces. They are expected to be people of normal working age.

Previously the army had age limits of 18-40 years for Russians and 18-30 for foreigners.

Russia is presenting it as a move to recruit more technical specialists.

The new law says specialists are required to operate high-precision weapons and "experience shows that they become such by the age of 40-45". More medics, engineers and communications experts may also be recruited. [...]

President Putin has avoided large-scale conscription for what Russia calls its "special military operation" in Ukraine.

But in March Russia's defence ministry admitted that some conscripts were involved in the conflict and some had been taken prisoner by Ukrainian forces. The defence ministry stressed that it was not official policy to send conscripts into battle.

Later, Defence Minister Sergei Shoigu said that those conscripts drafted into the military this spring would not be sent to any hotspots. [...]

Russia now has more than 400,000 professional "contract" soldiers in its 900,000-strong active armed forces. It can also mobilise about two million reservists, military analysts say. » Quelle: BBC, Russia scraps age limit for new troops in Ukraine push, 29. Mai 2022:
www.bbc.com/news/world-europe-61619638.

BMJ, 1. März 2022:

« Thousands of Russian doctors and other healthcare workers have signed an open letter to Vladimir Putin urging him to cease hostilities against Ukraine.

In their letter doctors, nurses, and paramedics said that they "strongly oppose the military actions carried out by Russian armed forces on the territory of Ukraine" and called for their president to withdraw troops.

As at Monday 28 February a total of 15 000 medical professionals across Russia had signed the letter. [...]

Suvorova added that some doctors and medical professionals in Russia were being urged to join the military operation in Ukraine.

"Many people are seriously considering leaving," she said. "Of course, many of us are scared. » Quelle: BMJ; Ukraine invasion: Russian doctors urge Putin to cease hostilities, 1. März 2022: www.bmjjournals.org/content/376/bmj.o531.

CNN, 25. September 2022:

« Russia's "partial mobilization" for its war in Ukraine is off to a chaotic start amid protests, drafting mistakes and an exodus of citizens fleeing Russia, as the Kremlin tightens rules around evading military orders.

Some residents in Russia's Far East Sakha Republic were conscripted "by mistake" despite not being eligible for mobilization, such as fathers of underage children, according to a local leader.

"All who were mobilized by mistake must be returned back. This work has already begun," the republic's head Aisen Nikolaev said in a Telegram post, following a meeting on the presidential decree on partial mobilization.

Two senior lawmakers in Russia acknowledged the issues Sunday, saying the mobilization should be carried out "in accordance with the law" and lamenting reports of "erroneous incidents of mobilizing citizens." [...]

The mobilization would only affect Russians with previous military experience, according to Defense Minister Sergei Shoigu, who said 300,000 reservists would be called up. However, the decree itself gives much broader terms, sowing fears among Russians of a wider draft in the future.

Activist groups, such as Free Buryatia Foundation, have said ethnic minorities in Russia are being disproportionately mobilized. CNN has geolocated videos of some of these men being mobilized in Russia's Far East regions. [...]

But Russia has moved to dissuade military men from dodging the draft or disobeying orders with new laws.

Putin on Saturday signed several amendments to the country's Criminal Code tightening punishments relating to military service during times of mobilization, martial law or wartime, which are considered "aggravating factors in criminal sentencing," according to language published on the government's legal portal. This follows the introduction of amendments by the State Duma on Tuesday.

Under the new rules, Russians who abandon or fail to report for military duty could be subject to up to 10 years in prison.

"The federal law also introduces criminal liability for military personnel for voluntary surrender, as well as criminal liability for looting during martial law, in wartime or in conditions of armed conflict or combat operations," reads a statement by the Kremlin about the amendments. » Quelle: CNN, Protests, drafting mistakes and an exodus: Putin's mobilization off to chaotic start, 25. September 2022: <https://edition.cnn.com/2022/09/25/europe/russian-mobilization-putin-exodus-chaos-new-laws-intl-hnk/index.html>.

Russische Regierung, 24. September 2022:

« УК РФ Статья 328. Уклонение от прохождения военной и альтернативной гражданской службы

1. Уклонение от призыва на военную службу при отсутствии законных оснований для освобождения от этой службы -

наказывается штрафом в размере до двухсот тысяч рублей или в размере заработной платы или иного дохода осужденного за период до восемнадцати месяцев, либо принудительными работами на срок до двух лет, либо арестом на срок до шести месяцев, либо лишением свободы на срок до двух лет.

(в ред. Федеральных законов от 08.12.2003 N 162-ФЗ, от 07.03.2011 N 26-ФЗ, от 07.12.2011 N 420-ФЗ)

(см. текст в предыдущей редакции)

2. Уклонение от прохождения альтернативной гражданской службы лиц, освобожденных от военной службы, -

наказывается штрафом в размере до восьмидесяти тысяч рублей или в размере заработной платы или иного дохода осужденного за период до шести месяцев, либо обязательными работами на срок до четырехсот восьмидесяти часов, либо арестом на срок до шести месяцев.

(в ред. Федеральных законов от 08.12.2003 N 162-ФЗ, от 07.03.2011 N 26-ФЗ, от 07.12.2011 N 420-ФЗ)

(см. текст в предыдущей редакции)

[...]

УК РФ Раздел XI. ПРЕСТУПЛЕНИЯ ПРОТИВ ВОЕННОЙ СЛУЖБЫ

Глава 33. Преступления против военной службы

УК РФ Статья 331. Понятие преступлений против военной службы

1. Преступлениями против военной службы признаются предусмотренные настоящей главой преступления против установленного порядка прохождения военной службы, совершенные военнослужащими, проходящими военную службу по призыву либо по контракту, а также гражданами, пребывающими в запасе, во время прохождения ими военных сборов. [...]

УК РФ Статья 332. Неисполнение приказа

1. Неисполнение подчиненным приказа начальника, данного в установленном порядке, причинившее существенный вред интересам службы, -

наказывается ограничением по военной службе на срок до двух лет, либо арестом на срок до шести месяцев, либо содержанием в дисциплинарной воинской части на срок до двух лет.

2. То же деяние, совершенное группой лиц, группой лиц по предварительному сговору или организованной группой, а равно повлекшее тяжкие последствия, -

наказывается лишением свободы на срок до пяти лет.

2.1. Неисполнение подчиненным приказа начальника, данного в установленном порядке, в период военного положения, в военное время либо в условиях вооруженного конфликта или ведения боевых действий, а равно отказ от участия в военных или боевых действиях -

наказываются лишением свободы на срок от двух до трех лет.

(часть 2.1 введена Федеральным законом от 24.09.2022 N 365-ФЗ)

2.2. Деяния, предусмотренные частями первой или второй настоящей статьи, совершенные в период военного положения, в военное время либо в условиях вооруженного конфликта или ведения боевых действий, а равно отказ от участия в военных или боевых действиях, повлекший тяжкие последствия, -

наказываются лишением свободы на срок от трех до десяти лет.

(часть 2.2 введена Федеральным законом от 24.09.2022 N 365-ФЗ)

3. Неисполнение приказа вследствие небрежного либо недобросовестного отношения к службе, повлекшее тяжкие последствия, -

наказывается ограничением по военной службе на срок до одного года, либо арестом на срок до шести месяцев, либо содержанием в дисциплинарной воинской части на срок до двух лет.

(в ред. Федерального закона от 07.03.2011 N 26-ФЗ)

(см. текст в предыдущей редакции) [...]

УК РФ Статья 337. Самовольное оставление части или места службы

1. Самовольное оставление части или места службы, а равно неявка в срок без уважительных причин на службу при увольнении из части, при назначении, переводе, из командироеки, отпуска или медицинской организации продолжительностью свыше двух суток, но не более десяти суток, совершенные военнослужащим, проходящим военную службу по призыву, -

(в ред. Федерального закона от 25.11.2013 N 317-ФЗ)

(см. текст в предыдущей редакции)

наказываются арестом на срок до шести месяцев или содержанием в дисциплинарной воинской части на срок до одного года.

2. Те же деяния, совершенные военнослужащим, отбывающим наказание в дисциплинарной воинской части, -

наказываются лишением свободы на срок до двух лет.

2.1. Самовольное оставление части или места службы, а равно неявка в срок без уважительных причин на службу продолжительностью свыше двух суток, но не более десяти суток, совершенные военнослужащим, проходящим военную службу по призыву или по контракту, в период мобилизации или военного положения, в военное время либо в условиях вооруженного конфликта или ведения боевых действий, -

наказываются лишением свободы на срок до пяти лет.

(часть 2.1 введена Федеральным законом от 24.09.2022 N 365-ФЗ)

3. Самовольное оставление части или места службы, а равно неявка в срок без уважительных причин на службу продолжительностью свыше десяти суток, но не более одного месяца, совершенные военнослужащим, проходящим военную службу по призыву или по контракту, -

наказываются ограничением по военной службе на срок до двух лет, либо содержанием в дисциплинарной воинской части на срок до двух лет, либо лишением свободы на срок до трех лет.

3.1. Деяния, предусмотренные частью третьей настоящей статьи, совершенные в период мобилизации или военного положения, в военное время либо в условиях вооруженного конфликта или ведения боевых действий, -

наказываются лишением свободы на срок до семи лет.

(часть 3.1 введена Федеральным законом от 24.09.2022 N 365-ФЗ)

4. Деяния, предусмотренные частью третьей настоящей статьи, продолжительностью свыше одного месяца -

наказываются лишением свободы на срок до пяти лет.

5. Самовольное оставление части или места службы, а равно неявка в срок без уважительных причин на службу продолжительностью свыше одного месяца, совершенные военнослужащим, проходящим военную службу по призыву или по контракту, в период мобилизации или военного положения, в военное время либо в условиях вооруженного конфликта или ведения боевых действий, -

наказываются лишением свободы на срок от пяти до десяти лет.

(часть 5 введена Федеральным законом от 24.09.2022 N 365-ФЗ)

Примечания. 1. Военнослужащий, впервые совершивший деяния, предусмотренные частями первой, второй, третьей или четвертой настоящей статьи, может быть освобожден от уголовной ответственности, если самовольное оставление части или места службы, а равно неявка в срок без уважительных причин на службу явились следствием стечения тяжелых обстоятельств.

2. Граждане, пребывающие в запасе, во время прохождения ими военных сборов несут уголовную ответственность за совершение преступлений, предусмотренных настоящей статьей, которая установлена для военнослужащих, проходящих военную службу по контракту.

(примечания в ред. Федерального закона от 24.09.2022 N 365-ФЗ)

(см. текст в предыдущей редакции) [...]

УК РФ Статья 338. Дезертирство

1. Дезертирство, то есть самовольное оставление части или места службы в целях уклонения от прохождения военной службы, а равно неявка в тех же целях на службу -

наказывается лишением свободы на срок до семи лет.

2. Дезертирство с оружием, вверенным по службе, а равно дезертирство, совершенное группой лиц по предварительному сговору или организованной группой, -

наказывается лишением свободы на срок до десяти лет.

(в ред. Федерального закона от 07.03.2011 N 26-ФЗ)

(см. текст в предыдущей редакции)

3. Деяния, предусмотренные частями первой или второй настоящей статьи, совершенные в период мобилизации или военного положения, в военное время либо в условиях вооруженного конфликта или ведения боевых действий, -

наказываются лишением свободы на срок от пяти до пятнадцати лет.

(часть 3 введена Федеральным законом от 24.09.2022 N 365-ФЗ)

Примечание. Военнослужащий, впервые совершивший дезертирство, предусмотренное частью первой настоящей статьи, может быть освобожден от уголовной ответственности, если дезертирство явилось следствием стечения тяжелых обстоятельств. [...]

УК РФ Статья 339. Уклонение от исполнения обязанностей военной службы путем симуляции болезни или иными способами

1. Уклонение военнослужащего от исполнения обязанностей военной службы путем симуляции болезни, или причинения себе какого-либо повреждения (членовредительство), или подлога документов, или иного обмана -

наказывается ограничением по военной службе на срок до одного года, либо арестом на срок до шести месяцев, либо содержанием в дисциплинарной воинской части на срок до одного года.

2. То же деяние, совершенное в целях полного освобождения от исполнения обязанностей военной службы, -

наказывается лишением свободы на срок до семи лет.

3. Деяния, предусмотренные частями первой или второй настоящей статьи, совершенные в период мобилизации или военного положения, в военное время либо в условиях вооруженного конфликта или ведения боевых действий, -

наказываются лишением свободы на срок от пяти до десяти лет.

(часть 3 введена Федеральным законом от 24.09.2022 N 365-ФЗ) » Quelle: Russische Regierung, Strafgesetz der Russischen Föderation vom 13.06.1996 N 63-FZ (geändert am 24.09.2022), 24. September 2022: http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_10699/.

HUR MOU, 25. Juli 2022:

« The large number of wounded servicemen in units of the Russia's armed forces, which are involved in hostilities in Ukraine, led to overwhelming military hospitals in the territory of the Russian federation. It turned out that their capacity was not designed for such a flow of patients. This makes it impossible to provide high-quality medical care.

The leadership of the occupying country also decided to mobilize (including in moscow) medical personnel. This applies to specialists of almost all medical specialties, however, the main attention is paid to surgical personnel. These events occur without wide publicity in the mass media and the public.

In the future, mobilized doctors are planned to be sent to the temporarily occupied territories of Ukraine. In particular, in Mariupol, Luhansk, Donetsk. Non-surgical medical personnel are planned to be “optimized” for work in front-line areas: therapists – as surgeon assistants, pediatricians – as military paramedics, etc. [...] » Quelle: Defence Intelligence of the Ministry of Defence of Ukraine (HUR MOU), Russia is conducting mobilization of Medical Staff through the vast number of wounded occupiers, 25. Juli 2022: <https://gur.gov.ua/en/content/roisiiski-shptytali-ne-zdatni-vporatysia-z-naivnoiu-kilkistiu-poranenykh-okupantiv-v-rf-provodytsia-mobilizatsiia-medychnoho-personalu.html>.

The Guardian, 22. September 2022:

« [...] Fears have grown after independent website *Novaya Gazeta Europe* reported, based on its government Quelles, that the mobilisation decrees allow the Ministry of Defence to call up 1,000,000 people, instead of the 300,000 announced by the country's defence minister, Sergei Shoigu, on Wednesday.

For now, Lobanovskaya said, the majority of Russians leaving are men.

The Guardian also spoke to a number of women, mostly medics, who similarly decided to leave the country after reports started to trickle out that Russia was calling up health professionals to the front.

“I know medics are supposed to treat people, that is our duty,” said Tatayana, a doctor from Irkutsk, who bought a plane ticket to Baku for next week. “But I believe the sooner this horrible war stops, the fewer people will die.” » Quelle: The Guardian, ‘I will cross the border tonight’: Russians flee after news of draft, 22. September 2022: www.theguardian.com/world/2022/sep/22/my-heart-sank-with-news-of-draft-russians-flee-in-droves?CMP=Share_AndroidApp_Other.

The Guardian, 12. Mai 2022:

« Under Russian military rules, troops who refuse to fight in Ukraine can face dismissal but cannot be prosecuted, said Mikhail Benyash, a lawyer who has been advising soldiers who choose that option.

Benyash said “hundreds and hundreds” of soldiers had been in touch with his team for advice on how they could avoid being sent to fight. Among them were 12 national guardsmen from Russia’s southern city of Krasnodar who were fired after refusing to go to Ukraine.

“Commanders try to threaten their soldiers with prison time if they dissent, but we tell the soldiers that they can simply say no,” Benyash said, adding that he was not aware of any criminal cases against soldiers who refused to fight. “There are no legal grounds to start a criminal case if a soldier refuses to fight while on Russian territory.”

Many soldiers, therefore, have chosen to be fired or transferred rather than going into "the meat grinder", he said.

A similar account to Dmitri's was given to the BBC's Russian service by Sergey Bokov, a 23-year-old soldier who at the end of April decided to leave the army after fighting in Ukraine. "Our commanders didn't even argue with us because we were not the first ones to leave," Bokov said.

Pointing to Russia's military laws, Benyash said it would be more difficult for soldiers to refuse to fight if Russia were to declare a full-scale war. "During wartime, rules are totally different. Refusal then would mean much harsher penalties. They would be looking at time in prison."

While the exact number of soldiers refusing to fight remains unclear, such stories illustrate what military experts and western governments say is one of Russia's biggest obstacles in Ukraine: a severe shortage of infantry soldiers. » Quelle: The Guardian, 'They were furious': the Russian soldiers refusing to fight in Ukraine, 12. Mai 2022: www.theguardian.com/world/2022/may/12/they-were-furious-the-russian-soldiers-refusing-to-fight-in-ukraine.

ITV news, 2. März 2022:

« Russian doctors have been ordered to form "special brigades" to deal with casualties from the war in Ukraine, according to a doctor who spoke to ITV News on the condition of anonymity.

On the 22 February, according to the doctor, hospitals received a document cancelling holidays for senior staff and ordering all staff to work "under a special regime" of a heightened state of readiness.

The document arrived at hospitals which have research ties to the Russian government and which have previously dealt with war casualties from Ukraine's Donbass and Syria.

The letter arrived two days before Vladimir Putin ordered his invasion of Ukraine and a day after he slammed the collapse of the Soviet Union and the loss of Ukraine in an hour-long nationwide address.

Following receipt of the document, doctors at one Russian hospital were informed they had to be ready to work at a moment's notice. ITV News has been told that on 1 March, on one hospital's daily morning zoom call, medics were given a message by hospital management. "They told us, 'we order everyone to work under a special regime.'"

"They said that at the moment no one in particular is being called, but that everyone should be ready," the doctor told ITV News.

The doctor said they were told, "we need to create special brigades. Some are specialists, for example, surgeons, haematologists and so on. Others are general [medics.] They [hospital management] said there should be brigades where people are contactable at all times and are ready to go at any moment."

ITV News understands doctors and nurses at a different hospital have been sent today to work at a hospital in the Rostov region.

This region of Russia borders Ukraine.

Russian forces are visible in the region on satellite imagery and it also the destination for evacuees from the self-proclaimed Donetsk and Luhansk 'peoples' republics' in eastern Ukraine.

Today Russia's Defence Ministry announced the number of Russian troops who have died since the invasion began.

Major General Igor Konashenkov said that Russian losses were smaller than that of Ukraine and said 498 people had died "in the line of duty" and that 1,597 servicemen were injured.

On 25 February ITV News exclusively reported the existence of a document which indicated that Russia's Ministry of Health was preparing for a massive medical emergency.

The document called for medical institutions to identify medical staff ready to relocate and work and to provide the Health Ministry with a list of medics including trauma, heart, maxillofacial and paediatric surgeons.

The document was dated 25 February and ordered that lists be compiled by 6pm that day. It was signed by the deputy health minister. Following publication of that document, three Russian doctors confirmed to ITV News that they had seen a copy of it.

Neither the document seen by ITV News dated 25 February nor the one described by the Russian doctor dated 22 February explicitly mentioned the war in Ukraine.

On the hospital's zoom call, the Russian doctor also said Ukraine was not mentioned and medics were not told where they would be going.

On the call, the doctor said: "In my department, they reacted calmly. We were told that they could send us anywhere. Maybe to Moscow, and maybe to other regions. But no one asked questions, because everyone knows where they will be going in the end."

According to the doctor who spoke to ITV News, this is not the first time Russia has asked medical staff to deal with its war casualties.

The doctor said casualties from the war in the Donbass in eastern Ukraine which began in 2014 were brought to the hospital for treatment.

Medics, the doctor said, have also previously been drafted in to help with military campaigns abroad.

"For us, these stories are more or less familiar - previously people went to Syria, now they are going to deal with Ukraine."

Russia's military intervention in the Syrian civil war began in September 2015. ITV News was told by the Russian doctor that medics are generally sent to conflicts in a "voluntary compulsory format."

Asked by ITV News whether it is possible to refuse to become a part of the "special brigades" which are said to deal with Russian casualties from the war in Ukraine, the doctor said if they refused, they "would be replaced within the brigade."

Some hospitals are putting out calls among doctors to backfill shifts because, ITV News has been told, medics have already been sent away to work.

One message seen by ITV News, reads: "Dear Doctors! We have an amazing opportunity to fill in for [name of doctor] who is on an urgent business trip. We need willing people for a vacant shift on March [date]."

The call for some doctors to help treat victims of the war in Ukraine has been so sudden that ITV News has been told of medical staff rushing in to say goodbye to colleagues before being taken straight from work towards the frontlines to deal with casualties following Russia's invasion of Ukraine.

ITV News has asked Russia's Ministry of Health whether it is true doctors are being sent to treat casualties associated with Russia's invasion of Ukraine but is yet to receive a response.» Quelle: ITV news, Russian doctors ordered to form 'special brigades' to deal with Ukraine war casualties, 2. März 2022: www.itv.com/news/2022-03-02/russian-doctors-ordered-to-form-brigades-to-deal-with-ukraine-war-casualties.

Matrioska, 17. Mai 2022:

« **Lawyer Maxim Grebenyuk, author of the 'Military Ombudsman' group in [a Russian social network] VK, told Medazona that he received about 40 appeals from employees of various units with requests for legal assistance to refuse to participate in the hostilities. For example, one of the applicants who had worked in the combat zone as a driver said in his report that a few days before the war he had been sent on a business trip 'to perform special tasks,' had come under fire, 'saw losses of military equipment and personnel' and 'concluded that personnel were sent to the front line of combat operations to face imminent death' and in this connection he considered his participation 'inexpedient' and 'does not wish to return to the front line after the retreat.' According to the information which Grebenyuk receives from his acquaintances, in prosecutor's offices and offices of investigators in regions bordering on Ukraine there are a lot of reports about refusals, and nothing is done about these orders. Since the beginning of the war, not a single criminal case has been filed under Article 332 of the Criminal Code for 'failure to carry out an order which [failure] caused substantial harm to the interests of the service.' The reason for that is, Russia has not formally declared war with Ukraine and has not introduced martial law, so there are no orders for participation of servicemen in the territory of another state. Rosgvardiya fighters and servicemen are simply dismissed for persistent refusal. In one unit, more than 500 Rosgvardiya fighters allegedly refused to go to war, and their commanders threatened them with dismissal orders (Medazona, Apr 6).**

Prosecutors and investigators do not know what to do with them [the reports of refusals]. It is impossible to initiate a case, it is also impossible not to send the materials anywhere, so they just do nothing. They only participate in the intimidation of servicemen: if you don't go, we'll initiate a case — lawyer Maksim Grebenyuk. [...] » Quelle: Matroska, Documents: More and more russian refuse to fight in Ukraine, 17. Mai 2022: www.matrioska.info/attualita/more-and-more-russian-refuse-to-fight-in-ukraine/.

Meduza, 22. September 2022:

« Meduza spoke with a **military attorney from the Russian Human Rights Defenders' Coalition**. Here's our summary of the legal advice that reflects the plight of millions of Russians who are, as the Kremlin claims, now subject to the draft. [...]

Moving to avoid the draft might seem tempting, but there're complications to keep in mind. The current law concerning "Mobilization preparations and mobilization in the Russian Federation" specifies that, in the event of mobilization, citizens registered for military duty — not just reservists, but also youngsters serving their mandatory army training terms, students with official deferrals in hand, women in professions subject to military duty — are all prohibited from leaving their place of residence. So, you cannot just take off to visit grandma. **There's no prescribed punishment for this**, but you'd be breaking the rules. [...]

There are three tiers of people in the military reserve. The first is for soldiers under 35. This is the first tier to be drafted. People of 35 and older make up the second tier, but what difference it makes is left to the discretion of the draft officials, who follow the directives of the military command. 300,000 new troops is not what you would call a modest goal. That's why we can expect the tier system to make some difference in the way the draft is implemented. Besides, we don't know for sure how many people they really hope to recruit.

Deferrals are also granted based on a tier system. For those registered in the army reserve, deferrals are regulated by the mobilization law. There're no special allowances for students there — it's all very rigid. You might get a deferral if you have four children, if you have disabled relatives in your care, if you're the guardian of your own minor sibling — that's it. If you have a child or your spouse is pregnant, you might be able to defer your mandatory term service. But if you're in the reserve, you won't.

If you're not registered in the reserve but are of mandatory draft age, you can apply for a deferral of military duty as an undergrad or a grad student. But if you're a student and you've been chalked up to the reserve based on your limited fitness for service (say, you're in the fitness "category C") — in theory, you are at risk for being drafted. Or take a graduate student who reached age 27, and, similarly, gets listed in the reserve. Or perhaps, he's a graduate student who studied in a military department during his baccalaureate: at the end of his course of study, he received the rank of sergeant or lieutenant — and was listed with the reserve. If this is the case, he might be a grad student, but he will not get a deferral.

If you're of "limited fitness" for service, the law is somewhat ambiguous. Evidently, everyone in "category E (unfit)" should be able to defer. But other categories of partial fitness will probably be sorted on a case-by-case basis. It's unlikely that those people would all be drafted at once, but in the future, this might happen. If the medical exam shows that someone is acutely

ill, the person might get a deferral — and still get drafted later. If you break your arm or get a concussion, the maximal deferral you'd get would cover you for six months. [...]

Of course, our government is constantly tightening the bolts in the legal system. The new mobilization decree doesn't even let contract soldiers with expired contracts go home. There're now just three reasons for discharge from the military: you get too old, you get too sick, or you go to prison. It has to be admitted that exercising your right of refusal will be very hard. Insisting on this right will probably soon lead to criminal prosecution.»
Quelle: Meduza, 'Prepare to stand up for your convictions' During mobilization, escaping the draft is a legal problem for many Russians. Here's a military lawyer's advice for those who don't want to fight, 22. September 2022: <https://meduza.io/en/feature/2022/09/22/prepare-to-stand-up-for-your-convictions>.

Meduza, 20. September 2022:

« What happened?

On September 20, Russia's State Duma unanimously passed a bill that would amend the country's Criminal Code. The legislation adds new articles establishing penalties for "crimes against military service" if they are committed during mobilization, during wartime, or under martial law.

What are 'crimes against military service'?

"Crimes against military service" are defined as "crimes against the established order of conducting military service committed by soldiers undergoing military service as a conscript or under contract, as well as citizens belonging to the reserve forces as they undergo their military training."

And the penalties for them are going to get harsher?

Yes — if the crimes are committed:

During mobilization;

During martial law;

At wartime;

In the conditions of an armed conflict;

In the conditions of military hostilities.

All of the above will now be considered "aggravating circumstances." In the last two scenarios listed above, the new, harsher rules can be applied even in the absence of a declaration of war or mobilization (for example, during a "special military operation").

How much more severe will the penalties be?

*The prison sentences for "crimes against military service" committed in the circumstances listed above will be significantly higher than for the same crimes committed during peacetime.
[...]*

Is it now a crime not to show up to military training?

Not quite. According to a lawyer from the Coalition of Russian Human Rights Defenders for Conscientious Objection to Military Service, members of the reserve forces in civilian areas can't be criminally prosecuted.

This law doesn't apply to conscripts or to people in the reserves. There are already multiple incorrect reports on the Internet of people being sentenced to as many as 10 years in prison for not showing up at military training. That's not accurate information. Article 337 of the Criminal Code [...] cannot be applied to people in civilian areas. It only applies to people who have already been conferred military rank and been deployed as a reserve fighter or a conscript.

What new articles were added to the Criminal Code?

Lawmakers added:

One new "crime against military service": "Voluntary surrender";

One new "crime against peace and human safety": "Looting";

Two new "economic crimes" and two new "crimes against state power." [...]

Have these amendments already come into effect?

Not yet, but it appears that they will soon. The new law will have to be approved by the Federation Council, then signed by the president. » Quelle: Meduza, A new Russian law suggests the country is preparing for mobilization. Here's what it says, 20. September 2022: <https://meduza.io/en/cards/the-terms-mobilization-and-martial-law-will-soon-appear-in-russia-s-criminal-code-what-will-that-mean-in-practice>.

Meduza, 20. September 2022:

« State Duma deputies have unanimously adopted amendments to the Russian Criminal Code in the second and third readings. The session was broadcast on the Duma website. At the second reading, 381 MPs voted for the amendments and one abstained. At the third reading, 389 deputies voted for it.

A number of new articles of the Criminal Code were added to the bill for the second reading. Among them are "Voluntary surrender" (Article 352.1, up to 10 years in prison) and "Looting" (Article 356.1, up to 15 years).

According to the newly-adopted law, committing a crime "during mobilization or martial law, in wartime" was added the list of aggravating circumstances.

In addition, the law increases imprisonment for the unauthorized abandonment of a unit during mobilization or martial law (Article 337 of the Criminal Code) up to 10 years. Criminal liability is also established for people in the reserve, and those called up for military training, in case of non-appearance or desertion.

The law also introduces punishment (paragraph 2.1 of Article 332 of the CC) for the failure of a subordinate to comply with the order of a superior given during martial law, in wartime, or during an armed conflict, as well as for refusal to participate in military or combat activities. According to the adopted amendments, this could result in two to three years of imprisonment. » Quelle: Meduza, Russian Duma introduces concepts of 'mobilization' and 'martial law' into Criminal Code, as well as articles on looting and surrender, 20. September 2022: <https://meduza.io/en/news/2022/09/20/russian-duma-introduces-concepts-of-mobilization-and-martial-law-into-criminal-code-as-well-as-articles-on-looting-and-surrender>.

Meduza, 6. Mai 2022:

« Generally speaking, mobilization concerns men and women in the reserve. Women with specific skills, like doctors, would be subject to conscription. Russia's reserves include discharged veterans, graduates of military schools, men older than 27 who never served in the military despite being eligible, men older than 27 whose service was deferred, men who did not serve due to physical limitations or other temporary conditions (such as an outstanding criminal record), men who completed alternative civilian service, and women with military expertise.

Mobilization would not apply to individuals with the right to deferment from conscription during mobilization. (The military issues these deferments for several reasons, such as illness, the need to care for close relatives or underage siblings, parents younger than 16 with four or more children, and members of Parliament.) Additionally, citizens younger than 27 who did not serve as conscripts but were never actually exempted from the draft would not be subject to conscription under mobilization because they're not technically "in the reserve."

Those who served in Russia's alternative civilian service would be subject to recruitment since mobilization is not limited strictly to combat roles. The armed forces can conscript these people as civilian personnel, for example, to serve as medical workers at hospitals.

There is no profession that releases people from mobilization, but the list of codified exemptions is broad and includes conditions like illness, disability, and serious health problems suffered by a close relative.

Fight or flight

Anyone drafted in a mobilization could lose their right to leave the country, but that doesn't necessarily mean that all conscripts would face this restriction. That said, if the president's orders say that mobilization applies to men between the ages of 27 and 60, as well as women with military expertise, these individuals could find it difficult to leave Russia. The exact design of these restrictions would determine their enforcement.

Once mobilization has been announced, the authorities would begin issuing draft-board summons and detaining potential conscripts in the street. Officials might also involve local police departments to help catch draft dodgers. Citizens who evade the draft board without an accepted excuse (illness, injury, sick relatives, or some other major obstacle recognized by the draft board) initially face small fines peaking around 3,000 rubles (about \$50).

Anyone who receives mobilization orders is required to appear at the military barracks or recruitment office designated in the summons. This obligation exists only after the summons is physically delivered, however, meaning that Russians located abroad, beyond the reach of the state's subpoenas, can evade conscription by staying away. [...] » Quelle: Meduza, How 'mobilization' works in Russia, 6. Mai 2022: <https://meduza.io/en/feature/2022/05/06/how-mobilization-works-in-russia>.

Meduza, 3. Mai 2022:

« [...] Some soldiers are being discharged for refusing to participate in the “special military operation.” Others [who refuse] are threatened with criminal cases, which shouldn’t even be remotely possible. They make it more frightening by weaving in treason and desertion. Soldiers are very scared when they write to me and call me. These are overwhelming issues, and there are a lot of them.

Do conscripts who were sent to Ukraine reach out to you?

You could say that, yes. I went to the Bryansk region as a lawyer. There, the mother [of a conscript] was really frightened that her son would be sent to Ukraine. The unit there is near the border. I went to see this soldier at the base together with his mother and had a conversation with his commander about there being a decree from the commander-in-chief that prevents sending conscripts to take part in the “special operation” in Ukraine. He heard me out. The conscript remained at the unit’s permanent base.

So it’s possible to do some work and free individual soldiers from the motherland’s tenacious grip. [...]

Can military personnel be prosecuted for refusing to take part in the war?

Well, in peacetime it’s rather problematic to carry out criminal prosecution for disobeying orders. But I can’t say that it’s impossible to bring criminal charges. Failure to carry out an order is only a crime if it results in material consequences, or if a combat mission is disrupted. This is covered in Criminal Code Article 332, Part 1 (Failure to Execute an Order). For example, [if] a soldier who was defending the barracks dropped his weapon and ran away, and the barracks burnt down.

But how does one classify this “harm” on Ukrainian soil? It’s very hard. For example, “harm” could mean disrupting a combat mission, incurring casualties among our troops, or failing to achieve strategic goals. But still, there has not yet been a single criminal case, and I think I know why.

Why?

Because it will all end up in the media. If there are criminal cases over the failure of certain missions, that would mean that something in the army didn’t go according to plan.

According to the norms of criminal procedure legislation, if a criminal case is lodged against a soldier, he must be issued a copy of the decision to launch the case. And that must include details of the “significant harm” his actions caused to the interests of the service. Everyone would know that a particular combat mission was disrupted. The coverage of this would undermine the authority of the command, should the case become public. The soldier could be interviewed by journalists and would have a lot of very interesting information to share with them.

Then the internal resistance among regular soldiers will increase if they are faced with criminal cases. So that is why the state isn't taking this step yet. But I make it clear to everyone that it is, theoretically, possible. [...]

What happens to those who have refused?

Most of them are dismissed. Some are sent on leave, because by law, before they are dismissed, soldiers must be offered all of the leave they are owed and only then can they be discharged from their units. So many of those who were dismissed are still on leave.

And they don't sack all of them. In some cases, there is such a large share of people who refuse, there will be nobody left to serve if they dismiss them all. So, they make an example of a couple of those who refuse.

I also have people who were not sacked after refusing. One was serving with the FSB as a driver with military counter-intelligence. He was reinstated. They frightened him, shouted at him, but nothing else happened, he still drives for them.

You wrote that some of those who are dismissed have their service records stamped with "prone to treachery, deceit, and lies."

I got so much hate for that, for those stamps. I was accused of spreading false information, [there were claims] that this first appeared in Ukrainian Telegram channels. No, it appeared with me. A soldier came to me complaining about that stamp.

Do people often come to you about that?

No, it is probably the personal initiative of several commanders. I was recently shown a military service card with notes that the soldier refused to take part in the "special military operation" and is therefore being dismissed for "failing to fulfil the terms of [their] contract." That is the same thing, just a softer way of putting it. They make that kind of note in the service records or on a military service card, to ruin these soldiers' lives. This note is not based on anything, it is unlawful, and you can request to have it annulled. I'll be working on that.

How could it ruin soldiers' lives?

It will impact a soldier's future employment options, when he, for example, wants to join another military unit, the police, the Federal Penitentiary Service, or any other law enforcement body. The only leverage these commanders have is to shout and threaten criminal cases, but in reality they can only sack them.

Many want to be dismissed, but their commanders need to respond to it somehow, and so they don't have anything else they can do but shout or threaten, and write these notes. » Quelle: Meduza, 'Freeing them from the motherland's tenacious grip' Russian soldiers are refusing to fight in Ukraine. Lawyer Maxim Grebenyuk is helping defend their rights, 3. Mai 2022: https://meduza.io/en/feature/2022/05/03/freeing-them-from-the-motherland-s-tenacious-grip?utm_Quelle=email&utm_medium=briefly&utm_campaign=2022-05-04.

The Moscow Times, 20. September 2022:

« Russian lawmakers passed sweeping legislation Tuesday introducing jail terms of up to 15 years for wartime acts, including surrendering, as the country's forces face major battlefield setbacks nearly seven months after invading Ukraine.

Voluntary surrender and looting are punished by 10 and 15 years in prison, respectively, with “mobilization, martial law and wartime” listed as aggravating circumstances.

Desertion during mobilization or wartime will be punished by up to 10 years, according to the bill authored by members of all parties represented in parliament.

Conscientious objectors are punished by up to three years in prison during wartime.

The bill introduces the concepts of “mobilization, martial law and wartime” previously not mentioned in the Russian Criminal Code, according to human rights lawyer Pavel Chikov, who first reported on the draft Duma bill.

Observers speculate that its passage paves the way for general mobilization amid Russia’s struggles to replenish its depleting troops in Ukraine.

Soldiers who refuse service can be jailed even without martial law, military lawyer Maxim Grebenyuk told the independent news website Vyorstka, pointing to language in the legislation that punishes soldiers during an “armed conflict.” » Quelle: The Moscow Times, Russian Lawmakers Approve Long Jail Terms for Military Surrender, Refusal to Serve, 20. September 2022: www.themoscowtimes.com/2022/09/20/pepsico-ends-production-in-russia-reuters-a78839.

PBS News, 1. April 2022:

« All Russian men aged 18-27 must serve one year in the military, but a large share avoid the draft for health reasons or deferments granted to university students. The share of men who avoid the draft is particularly big in Moscow and other major cities. [...]

There have been allegations that before the invasion, some conscripts were forced to sign military contracts that allowed them to be sent into combat — duty that is normally reserved only for volunteers in the army. Some of the captured soldiers said they were told by their commanding officers that they were going to a military exercise but suddenly found themselves fighting in Ukraine.

Lyudmila Narusova, a member of the upper house of the Russian parliament, spoke in early March about an entire company of 100 men who were forced to sign such contracts and were sent into the combat zone — and only four survived. Military officials did not comment on her allegation.

Svetlana Agapitova, the human rights commissioner in St. Petersburg, said Wednesday that relatives of seven soldiers had written to her to complain the men had been forced to sign the contract and sent to Ukraine against their will. She said two of them already had been brought back to Russia.

In recent years, the Kremlin has emphasized increasing the share of volunteer contract soldiers as it sought to modernize the army and improve its readiness. The force of 1 million now has over 400,000 contract soldiers, including 147,000 in the infantry. If the war drags on, those numbers could be insufficient to sustain the operations. [...]

Proposed legislation would facilitate the draft by allowing military recruiters to call up conscripts more easily, but the bill has been put on hold for now.

Still, it added to the public's anxiety.

Alexei Tabalov, a lawyer who advises conscripts, said medical panels at recruitment offices often admit youths who should be exempt from service because of illness. Now, he added, their attitudes could grow even tougher.

"It's quite probable that doctors may shut their eyes to conscripts' illnesses and declare them fit for military duty," Tabalov said.

In addition to lowering the medical standard for draftees, there are fears that the government could try to impose some sort of martial law that would ban Russian men from leaving the country and, like Ukraine, force them to fight.

"We have received a lot of calls from people fearing mobilization," Tabalov said. "People now are afraid of everything in this situation. No one even thought before about the need to analyze the law on mobilization."

The Kremlin has strongly denied any such plans, and military officials insist the army has enough contract soldiers to serve in Ukraine. Still, many Russians remain skeptical of the officials' denials, given their track record.

"What kind of trust could there be if Putin says one day that conscripts will not be sent there ... and then the Defense Ministry recognizes that they were there?" Tabalov asked.

An existing law allows for a 21-month alternative civil service in hospitals, nursing homes and other facilities for those who view military duty as incompatible with their beliefs, but military conscription offices often broadly ignore requests for such service.

After the war began, Tabalov said his group saw a large increase in inquiries about the alternative service law, which is vaguely phrased and allows military officials to easily turn down applications.

"We are worried that in the current militarist mood, military conscription offices can take a tougher attitude and reject appeals for the alternative civil service," he said. » Quelle: PBS News, Invasion of Ukraine fuels fears among draft-age Russian youths, 1. April 2022: www.pbs.org/newshour/world/invasion-of-ukraine-fuels-fears-among-draft-age-russian-youths.

Reuters, 20. September 2022:

« Russia's parliament on Tuesday approved a bill to toughen punishments for a host of crimes such as desertion, damage to military property and insubordination if they are committed during military mobilisation or combat situations.

The bill, passed in its second and third readings on Tuesday by the lower house of parliament, the Duma, comes amid debate inside Russia about a possible mobilisation, a step which could significantly escalate the conflict in Ukraine.

"Until today, the Russian criminal code did not have the concepts of 'mobilisation' or 'combat operations'," Pavel Chikov, head of the Agora law firm, which has represented a series of high-profile legal cases in Russia, told Reuters.

According to a copy of the bill, seen by Reuters, voluntary surrender would become a crime for Russian military personnel, punishable by 10 years in prison.

The Kremlin said last week that there was no discussion of a nationwide mobilisation to bolster the military campaign in Ukraine, days after a surprise Ukrainian offensive forced Russia from almost all of Kharkiv region.

But some Russian politicians and some nationalists have called for a full mobilisation.

Russia describes its actions in Ukraine as a "special military operation", and critics who call it a war or an invasion have been prosecuted under laws passed earlier this year against discrediting the armed forces or spreading false news about them. » Quelle: Reuters, Russian parliament toughens punishment for crimes during military mobilisation, 20. September 2022: www.swissinfo.ch/eng/russian-parliament-toughens-punishment-for-crimes-during-military-mobilisation/47914604.

RFE/RL, 20. September 2022:

« Russia's lower chamber of parliament, the State Duma, has approved a bill that toughens punishments for desertion, damage to military property, looting, defection, and insubordination if they are committed during military mobilization or combat situations as the country continues its ongoing unprovoked invasion of Ukraine.

The bill was approved on September 20 amid debates among Russian authorities and regional governors about a possible military mobilization, a move that could significantly escalate the war in Ukraine, which is now in its seventh month.

In the article about the crimes, the approved bill replaced the phrase "during armed conflicts or military actions" with "in the period of mobilization or the state of martial law, as well as during war time or while armed conflict and combat activities are under way."

Kremlin spokesman Dmitry Peskov said a week ago that Moscow does not plan to announce a full or partial mobilization for the war in Ukraine as Russian troops suffered losses and lost territory in Ukraine's Kharkiv region to a counteroffensive.

Ukrainian armed forces have recaptured several thousands of square kilometers from Russia in a counteroffensive launched since early September. » Quelle: Radio Free Europe / Radio

Liberty (RFE/RL), Russian Lawmakers Approve Bill Toughening Punishment For Crimes During Mobilization, 20. September 2022: www.rferl.org/a/russia-duma-bill-punishments-military-mobilization/32042980.html.

RFE/RL, 20. Juli 2022:

« Russian military regulations provide some legal justification and procedures for soldiers who disobey orders, according to Sergei Krivenko, a rights activist -- particularly for those who state they are anti-war, or pacifists.

“If a soldier acts according to such procedures, then he cannot be criminally prosecuted for this. Because there are no criminal articles for requesting the termination of a contract based on anti-war beliefs,” Krivenko told Current Time. “The soldier is in the unit, he’s not running away anywhere. And that means he can’t be prosecuted for desertion or going AWOL.”

“He’s not refusing to carry out orders, so the article on insubordination or disobeying orders isn’t relevant either, because he’s not refusing to do so,” he said. “He simply declares that he has anti-war convictions.”

'I Had To Refuse So I Could Stay Alive'

Russia’s troops in Ukraine are largely made up of contract soldiers: volunteer personnel who sign fixed-term contracts for service. The range of experience varies. Other units include troops from private military companies like Vagner, or specialized, semiautonomous units overseen by Chechnya’s strongman leader, Ramzan Kadyrov.

The discontent in Kaminsky’s 11th Brigade is not an isolated case, and there are indications that Russian commanders are trying different tactics to keep the problem from spiraling out of control: for example, publicly shaming soldiers who are refusing to fight.

In Buryatia, where the 11th Brigade is based, dozens of personnel have sought legal assistance from local activists, seeking to break their contracts and get out of service in Ukraine, for various reasons.

In the southern Russian town of Budyonnovsk, on the home base for the 205th Cossack Motorized Rifle Brigade, commanders have erected a “wall of shame” with the names, ranks, and photographs of some 300 soldiers who have disobeyed orders in the Ukraine war.

“They forgot their military oaths, the ceremonial promise, their vows of duty to their Fatherland,” the board reads. [...] » Quelle: Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL): Why Russian Soldiers Are Refusing To Fight In The War On Ukraine , 20. Juli 2022: www.ecoi.net/en/document/2076014.html.

RFE/RL, 14. Juli 2022:

« Nearly five months after launching the largest war in Europe since World War II, Russia’s military has a problem: not enough men; too many dead and wounded.

Russian officials are conducting a sweeping campaign to recruit more men to replenish the ranks of its units waging war on Ukraine, which the Kremlin calls a "special military operation." [...]

"It's not mobilization," said Oleg Ignatov, a Russian analyst with the International Crisis Group, a Brussels-based research organization. "They don't want to declare war, for the time being. But they need men, infantry. They've experienced serious losses, and the success of this military operation won't happen without serious recruitment of new people.

"It's a flexible system, like covert recruiting, a hybrid system," he told RFE/RL. "But no one is forcing anyone to do anything."

"Russia is facing a systemic manpower issue, and they are using multiple ad-hoc methods to fill in the gaps with volunteers, mercenaries, prison battalions, and personnel from other parts of the government like the national guard," said Dara Massicot, a policy researcher at the Rand Corporation and former senior analyst at the U.S. Defense Department. "It results in minimally trained soldiers and presumable lack of cohesion at the unit level." [...]

In a detailed investigation published on July 13, the online news site Meduza detailed how Wagner and at least one other private military company worked closely with the Defense Ministry, both on deployments and recruiting, as part of covert mobilization.

"The line between mercenaries, the regular army and 'volunteers' has been completely erased during the war in Ukraine," Meduza said.

"There are no wild units," one private soldier was quoted as saying, using a term that describes independent or autonomous private forces. "Everyone works for the Defense Ministry."

On paper, Russia has a huge military: around 1 million active-duty members including all branches. The country also retains a system of mandatory conscription, where all men between 18 and 27 are required to serve at least a year in the armed forces, although many find ways to avoid service.

The military runs two cycles of conscription, in April and in September. This April, 135,000 men were drafted.

Conscript soldiers are forbidden from serving abroad, including in Ukraine. In the early days after the invasion, some conscripts were deployed in the invasion, something the Kremlin said was not supposed to have happened.

The ongoing national recruiting campaign reportedly includes efforts to pressure conscripts nearing the end of mandatory service -- something that will occur in the next two months for the September cycle -- to sign on for new volunteer contracts.

"Russia needed a systematic solution to its manpower problems months ago like a large reservist mobilization or even partial mobilization," Massicot said, "but such efforts would be politically unpopular and also structurally difficult for Russia's mobilization system." » Quelle:

RFE/RL, 'The Orchestra Needs Musicians': Behind The Covert Mobilization To Reinforce Russian Troops In Ukraine, 14. Juli 2022: www.rferl.org/a/covert-mobilization-reinforce-russian-troops-ukraine/31943783.html.

Tass, 24. September 2022:

« President Vladimir Putin has approved amendments to Russia's Criminal Code, under which those servicemen who refuse to follow a senior officer's order during martial law or to go to combat will be handed a prison sentence of up to three years, and if this entails grave consequences, such offenders may face up to ten years in prison, according to the law published on the official legal information portal.

The amendments are made to Article 332 of Russia's Criminal Code. Non-execution of the senior officer's order during martial law, in wartime or amid an armed conflict or combat operations, as well as refusal to participate in military or combat operations is punishable with an imprisonment of two to three years. However, those who refuse to go to combat, which entailed grave consequences, may face a jail term of three to ten years.

Under the new law, desertion during mobilization or wartime shall be punishable by up to 15 years behind bars. Article 338 of Russia's Criminal Code is supplemented with part three, according to which absence from the place of service without leave, desertion with weapons, as well as desertion of a group during the mobilization or martial law, in wartime or amid an armed conflict shall be punishable by an imprisonment for five years or up to 15 years.

The law declares periods of mobilization, martial law and wartime as aggravating factors in criminal sentencing.

Those who voluntarily surrender to the enemy will face a prison sentence of up to ten years. Article 352.1 'Voluntary surrender' is added to the Criminal Code. Under the article, this offense will be punishable by three to ten years in prison.

Nevertheless, a first-time offender can be released from criminal liability provided that the soldier has taken measures for his release, has returned to his unit or duty station, and has not committed any other crimes while in captivity.

Those convicted of looting during a military conflict or in wartime could face up to 15 years behind bars.

Under a new Article 356.1 added to the Russian Criminal Code, looting without any aggravating circumstances will be punishable by up to six years in prison, while a similar crime involving violence, not dangerous to life or health, or threats of using such violence will carry a prison term of up to 10 years.

The harshest punishment of eight up to 15 years in jail will apply to looting committed by an organized group in large amounts with threats to kill or inflict harm to health.

The failure to fulfill the defense procurement order in Russia will be punishable by up to 10 years behind bars. » Quelle: Tass, Russia introduces jail terms for servicemen who refuse to go to combat — law, 24. September 2022: <https://tass.com/politics/1512755>.

The Washington Post, 21. September 2022:

« Partial mobilization is a term for when specific groups of people will be called up to serve in Russia's armed forces. It is different from a general mobilization, which involves drafting from the general population, refocusing the entire economy and essentially setting the whole country on a warpath, hitting a pause on normalcy. [...]»

Russian Defense Minister Sergei Shoigu said Wednesday following Putin's address that Russia would call as many as 300,000 reservists to military service. **Russians have reportedly already begun to receive notices summoning them to appear for service.**

Shoigu said the country's "mobilization reQuelle amounts to 25 million people, and a little more than 1 percent of this number falls under partial mobilization" as ordered by Putin.

If true, this is a significant increase: **Russia is believed to have invaded Ukraine with about 150,000 troops in late February — so an additional 300,000 is more than double that.** While it's unclear how exactly the reservists would be deployed, Putin's move follows reports of heavy troop losses in Ukraine. It would be the first military mobilization in the history of modern Russia.

Outside estimates of the number of reservists available to Russian military leaders vary. **The Institute for the Study of War, a U.S.-based think tank that closely tracks the war in Ukraine, previously said Russia has more than 2 million reservists, including former conscripts and contract soldiers.** However, "few are actively trained or prepared for war," the ISW said. Only about 10 percent of them receive ongoing training after they complete their basic military service, it added.

Under Putin's "partial mobilization," several groups of people are entitled to avoid being called up: students, parents with four or more small children, people essential to crucial industry operations and caregivers, among others.

How significant is Putin's partial mobilization?

Rob Lee, a senior fellow in the Foreign Policy Research Institute's Eurasia program, characterized Wednesday's announcement as "one of the most significant/riskiest political decisions Putin has ever made."

In the short term, Lee wrote on Twitter, the partial mobilization of reservists and new measures to forcibly extend the contracts of volunteers currently serving in Ukraine "could be enough to prevent a collapse of Russian forces. Otherwise, Russia's manpower issues could have become catastrophic this winter when many short-term volunteers likely would not sign another contract." [...]»

Who within Russia will be called up to serve?

According to Putin and Shoigu, the mobilization will affect Russians who served in the military and are now listed as reservists, as well as those who have military occupations, which could include medical workers and various technical specialists. “Only citizens who are currently in the reserve and, above all, those who served in the armed forces, have certain military specialties and relevant experience will be subject to conscription for military service,” Putin said Wednesday, adding that they will receive “additional military training.”

Russian law experts note that the cap of 300,000 people announced by Shoigu can be revised upward if necessary, as the decree issued by the Kremlin is broad — most likely on purpose, to allow for reinterpretation.

In a move likely to inflame tensions within Russian society, the head of the Russian parliament’s defense committee, Andrei Kartapolov, said the geographic distribution of reservists would be based on population size, meaning that the most populated regions of the country, including the capital, Moscow, would have to send the highest number of soldiers. “Each [region] of the Russian Federation receives a distribution order based on its capabilities,” Kartapolov said Wednesday.

How long will soldiers have to serve under partial mobilization?

The Kremlin did not specify Wednesday how long reservists called up under the partial mobilization would have to serve — and the presidential decree is light on details. “The decree does not give any details of mobilization and is formulated as broadly as possible, so the President leaves it at the discretion of the Defense Minister,” Pavel Chikov, a lawyer who leads the Agora International Human Rights Group, wrote on Telegram.

Putin’s decree also automatically prolongs existing soldiers’ contracts “until the end of the period of mobilization,” barring them from leaving the front lines indefinitely. This would potentially affect thousands of men who already signed short-term contracts as part of a nationwide recruitment campaign largely viewed as a “shadow mobilization” that sought to replenish losses over the summer without officially acknowledging that the operation requires a wider effort.

How will the partial mobilization work?

Chikov, the human rights lawyer, said the process will start with reservists receiving their mobilization orders. This has already begun happening: Four people in different Russian cities told The Washington Post they have either received the summons or saw officers hand them to their colleagues or relatives. They spoke on the condition of anonymity to talk freely.

“These are men who have served in the army and have signed a contract to stay in the reserve,” Chikov said, adding that the next wave of orders will affect reservists falling into three categories depending on their age and rank.

According to Chikov, the Defense Ministry will form quotas for mobilization for each of the 85 regions of Russia, and officials there will be responsible for implementing the quotas. Last week, several regions backed a proposal from the head of the Chechen Republic, Ramzan

Kadyrov, to “self-mobilize” by pledging to send volunteer units with 1,000 soldiers to the war. [...]

It is not immediately clear whether Russia’s own borders will be shut for all potentially eligible Russians or just to those who already received a summons. The Kremlin on Wednesday afternoon declined to comment on that, saying only that “clarifications will be available later.” » Quelle: The Washington Post, What does Putin’s partial military mobilization mean for Russia and Ukraine?, 21. September 2022: www.washingtonpost.com/world/2022/09/21/russia-partial-mobilization-putin-war-ukraine/.

The Washington Post, 1. April 2022:

« All Russian men between 18 and 27 must serve one year in the military, and recruitment campaigns are usually held each spring and fall. **Dodging the draft is punishable by heavy fines and sentences of up to two years in prison.**

Human rights groups and lawyers say that since Russia invaded Ukraine on Feb. 24, they have been receiving a barrage of calls from eligible men, as well as their wives, girlfriends and mothers, seeking legal help in avoiding the draft.

“The amount of applications is enormous, much more if compared [to previous drafts],” said a lawyer who works with a legal group called Conscious Refusal From Military Service in Russia, which assists Russians in navigating the laws on conscription and contract service in the armed forces. The lawyer spoke on the condition of anonymity because Russia has recently introduced new laws mandating punishment for “discrediting” the Russian army. [...]

Under Russian law, men can refuse to join the military and seek alternative service — such as shifts at post offices, nursing homes and hospitals — for religious, ethical or political reasons. [...]

At the same time, volunteering to serve as a contract soldier is one of the few options for young Russian men in need of a job with stable pay. **Human rights groups have also reported that some conscripts were forced into contract service ahead of the invasion of Ukraine.**

“Overall, the problem with conscripts being forced to sign contracts is a systemic one and was there before the war started,” the lawyer said. “This is all done so military bosses can draw good numbers in their recruitment reports.”

Many requests for help received by the lawyer’s group are from professional soldiers and other contractors who are trying to avoid being sent to Ukraine. » Quelle: The Washington Post, As Russia drafts young men, some fear ending up on Ukraine’s front line, 1. April 2022: <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/01/russia-military-army-conscripts-draft/>.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) setzt sich dafür ein, dass die Schweiz das in der Genfer Flüchtlingskonvention festgehaltene Recht auf Schutz vor Verfolgung einhält. Die SFH ist der parteipolitisch und konfessionell unabhängige nationale Dachverband der Flüchtlingshilfe-Organisationen. Ihre Arbeit finanziert sie durch Mandate des Bundes sowie über freiwillige Unterstützungen durch Privatpersonen, Stiftungen, Kantone und Gemeinden.

SFH-Publikationen zu Russland und anderen Herkunftsändern von Asylsuchenden finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte.

Der SFH-Newsletter informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter-abonnieren.